

Volksrecht

für Schlessen

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Sturstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Graunicherstraße Nr. 5 und Neue Poststraße 11, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0.30 Rmt. monatlich 1.75 Rmt. + 35 Pf. Trägerlohn + 2.10 Rmt. Durch die Post einzeln. Zustellungsgebühren 2.46 Rmt.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 16 Pf. auswärtig 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Sturstraße 4/6) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Sieg der Sozialisten in Polen.

Völliger Zusammenbruch der Rechtsparteien. Auch der Pilsudskiblock hatte einen guten Erfolg.

Warschau, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Verlust von zwei sozialistischen Mandaten in Warschau, der lediglich auf eine ungeschickte Politik der lokalen Parteiführer zurückzuführen ist und die Einbuße einiger anderer Mandate konnte in der Provinz nicht nur ausgeglichen werden, sondern fällt angesichts des überwältigenden Sieges der sozialistischen Stimmen in der Provinz überhaupt nicht ins Gewicht. Die polnische Sozialistische Partei hat in den einzelnen Bezirken ihre Mandatszahl von 34 bei den Parlamentswahlen im Jahre 1922 auf 51 Mandate steigern können. Da ihr außerdem noch mehrere Mandate auf der sogenannten Staatsliste sicher sind, dürfte sich der bisherige Bestand der Sozialisten von 44 Abgeordneten im altem Sejm auf etwa 61 im künftigen Parlament erhöhen.

Das offizielle Wahlergebnis aus den 64 Landesbezirken lag auch am Montagabend noch nicht vor. Die letzte amtliche Berechnung hat die Ergebnisse aus 52 Bezirken zur Grundlage. Danach haben erlangt: die Regierungsliste 74 Mandate, die Bauernpartei 25, die Nationale Arbeiterpartei 7, die ukrainische Bauern- und Arbeiterpartei 5, die regierungsfreundliche Bauernvereinsgruppe 4, die Nationaldemokraten 3 (im alten Sejm 10), die katholische Union in Groß-Polen — die der Regierung nahesteht — 2 Mandate. Die kommunistische und die andere radikale Liste haben nach dieser Berechnung etwa 7 Mandate erlangt, deren Zahl das Endergebnis nur unwesentlich erhöhen dürfte.

Das Märchen von der kommunistischen Gefahr, mit dem die Regierung ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistische Partei begründete, hat sich damit als haltlos erwiesen. Dagegen ist mit einer Gesamtzahl von 100 bis 110 Mandaten für die Regierungsliste zu rechnen. Dieses Ergebnis, das sogar die höchsten Erwartungen der Regierung übertrifft, hält der ehemalige Senator Koszowski, der im „Kurjer Warszawski“ als erster das Wahlergebnis bespricht, für nicht sehr günstig. Wenn man es mit der unerhört scharfen Wahl-agitation, die von der Regierung betrieben wurde, vergleiche und den Mitteln, die der Regierung zur Verfügung standen und von ihr auch in vollem Umfang ausgenutzt worden seien, hätte sie einen weit größeren Sieg erlangen müssen. Um so größere Beachtung verdient daher das Anwachsen der sozialistischen Stimmen. Die Arbeiter haben sich durch die Wahlmächten der Regierung nicht verwirren lassen. Sie haben geschlossen für die polnische Sozialistische Partei gestimmt, während die Rechte aus den gegenwärtigen Wahlen um die Hälfte geschwächt hervorgeht.

In Pilsudski-Oberschlesien hat die deutsche Minderheit nach dem bisher vorliegenden Ergebnis 171 284 Stimmen gegen 108 570 im Jahre 1922 ausgebracht. Damit wurden 6 Mandate gegenüber 7 des Regierungsblocks, 3 der Koszowski-Partei und 1 der Sozialisten erlangt.

Das vorläufige Gesamtergebnis.

Warschau, 6. März. (Eigener Funterbericht.) Eine Gegenüberstellung der Mandate der Parteien im polnischen Sejm ergibt folgendes Bild: Pilsudski-Block mit den dazu gehörigen Splinterlisten 139, regierungsfreundliche Bauernpartei 20 (23), Sozialisten 68 (41), Kleinbauern 35 (26), Nationaldemokraten und Christlich-Soziale zusammen 40 (120), Großbauern und christliche Demokraten zusammen 25 (34), Kommunisten und kommunistenfreundliche Kleinbauern 25 (15), Nationaler Minderheitenblock und Sonderlisten der Ukrainer, Juden und Weissrussen 83 (69).

Die Wahlen in Polen.

Warschau, 5. März. Die polnischen Sejm-Wahlen liefen bis vierundzwanzig Stunden nach Abschluß der Wahlhandlung noch nicht in allen Einzelheiten ab. Die große Linie der politischen Entwicklung im polnischen Staat tritt aber bereits deutlich hervor. Die nationalsozialistischen Rechtsparteien sind schwer erschüttert und fast gescheitert. Nationaldemokraten und Christlich-Nationale, die Großbauern-Partei des früheren Ministerpräsidenten Witos und die mit ihm in Pilsudskiblock verbundenen Christlichen Demokraten, die zusammen im bisherigen Sejm die absolute Mehrheit hatten, scheitern kaum mit einem Drittel ihrer Mandate.

parlamentarischen Gruppe. Die Regierung hat seinem Erfolg durch amtliche Begünstigung in jeder Form kräftig nachgeholfen, aber man darf nicht übersehen, daß sie einen großen Teil ihrer jetzigen Wähler auch innerlich gewonnen hatten. In den national-gemäßigten Ostsprovinzen freilich sind zahlreiche Pilsudski-Mandate nur dadurch zustande gekommen sind, daß man den Wettbewerb der an Anhang dort viel stärkeren ukrainisch-nationalistischen und der linksradikalen Parteien mit Gewalt und mit Wahlschwänkel auswechselte. Die Pilsudski-Anhänger werden so stark im neuen Parlament vertreten sein, daß der Pilsudski-Ministerpräsident seine in den letzten zwei Jahren geübten unparlamentarischen Regierungsmethoden schon mit Rücksicht auf die eigenen Freunde im Sejm nicht wird forscher können. Sie haben aber — alle Gruppen und Wahlbezeichnungen der Regierungsanhänger schon zusammengenommen — auf keinen Fall allein eine parlamentarische Mehrheit. Verfassungsmäßige Regierung wird also für das Pilsudski-Regime auch in Zukunft Zwang zu demokratischen Kompromissen bedeuten.

Die Sozialisten und die mit ihnen verbündeten radikalen Kleinbauern der Wyzwolenie-Partei haben von dem allgemeinen starken Einbruch nicht ganz den gleichen Nutzen wie die Pilsudski-Gruppe. Immerhin gewinnen die Sozialisten wohl etwa 50 Prozent an Stimmen und fast ebensoviel an Mandaten. Verluste in einzelnen Städten und Industriebezirken, die ein noch größeres Anwachsen der sozialistischen Parlaments-Sitze verhindert haben, lassen sich teilweise — z. B. in Lemberg — mit der Umgestaltung der Wahlkreis-Einteilung erklären, die eine eine Einheitswahlbildung der Juden in einem kleinen Wahlkreis zu Ungunsten der anderen Parteien ausschlagen lassen muß. Ein größerer Verlust in Warschau ist nicht wie eine oberflächliche Betrachtung es zunächst erscheinen lassen konnte, den Kommunisten zugute gekommen, die seit den Gemeindevahlen vor einem Jahre keine Fortschritte erzielt haben, sondern der Pilsudski-Liste.

Diese verzeichnete dazugehörige Erscheinungen in der Landeshauptstadt ist auf die unglückselige Taktik der dortigen Bezirksorganisation zurückzuführen, die dem Pilsudski-Regime keine entschiedene Opposition machen wollte und ihm dadurch ihre eigenen Wähler verlor. Wehmützig ist nur noch die Stimmung der sozialistischen Arbeiter in Ost-Oberschlesien durch die kurz vor der Wahl zurückgetretene dortige Parteileitung beeinflusst worden, die auch denselben Mißerfolg aufzuweisen hat. Große Fortschritte machen die Sozialisten dagegen im Industriezentrum Lodz (im letzten Wahlgang bei den vorigen Gemeindevahlen, die dort eine sozialistische Gemeindegemeinschaft erbrachten), ferner in den westpolnischen Industriezentren, wie Bromberg, Petrikau, Sosnowice und in West-Galizien, das die geistig und technisch bestgeschulte sozialistische Parteioffiziation in Polen besitzt.

Von den nationalen Minderheiten kommen die Juden geschwächt aus dem Wahlkampf wieder, in den sie härter verpflichtet als alle anderen Nationalitäten und Gruppen hineingingen. Leider hat auch der jüdisch-sozialistische „Bund“, der in seinen Hauptbezirken, wie Bialystok, unter dem Kommando der jüdischen Arbeiter, keinen seiner in der sozialistischen Internationalen wegen ihrer theoretischen Bildung und grundsätzlichen Politik angesehenen Führer ins Parlament bringen können. Ukrainer und Weißrussen hatten in allen ihren Richtungen unter der Wahlmacht der Regierung zu leiden und erlebten daher auch mit viel schwächeren Vertretungen im Sejm, als der tatsächlichen Stärke ihrer politisch in ihrer Sozialität zusammenhaltenden Volksgenossen entspricht. Die Deutschen haben unter den nationalen Minderheiten am besten abgeschnitten. Nur in Lodz-Stadt verloren sie für die Liste des Minderheitenblocks ein Mandat, doch wird dort dafür ein deutscher Sozialdemokrat auf einer gemeinsamen Liste mit dem polnischen Sozialisten gewählt (in den übrigen Bezirken, wo diese Taktik jetzt zum erstenmal versucht wurde, hat sie nach dem Verständnis bei den Arbeitern gefunden). In Bromberg ist ein deutscher Sozialdemokrat auf die Liste des Minderheitenblocks wiedergewählt worden. Neue deutsche Mandate wurden außerdem in Warschau und Thorn, Gnesen und Leschen erobert.

Das Gesamtergebnis der Wahlen bedeutet eine demokratische Legalisierung der bewaffneten Machtergreifung Pilsudskis im Mai 1926. Die weit die Wähler durch ihr Verbot der Herrschaft der Pilsudskisten nicht nur eine nachträgliche Befestigung, sondern auch eine Bestätigung ihres zukünftigen Weges gegeben haben, das werden erst die nächsten Wochen lehren können.

Marx und der Phöbusbericht.

Beisprechung mit den Parteiführern.

Der Reichskanzler hat die Führer der großen Reichstagsfraktionen für Mittwoch nachmittags um 5 Uhr zur Erörterung des Phöbusberichts zu sich gebeten.

Die Sozialdemokratische Fraktion vertritt nach wie vor die Auffassung, daß der Bericht nicht länger vertikal zu halten ist. Aber selbst wenn sich die Regierung zu einer Veröffentlichung nicht bereit zeigen sollte, dürften wahrscheinlich weitere Einzelheiten über das Ergebnis der Unterredung nicht mehr geheimgehalten werden.

Die Arbeit in Genf.

Die letzten Sitzungen des Sicherheitsausschusses. — Beginn der Ratstagung.

Genf, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Sicherheitskommission nahm am Montag ihre öffentlichen Sitzungen wieder auf. Es zeigte sich, daß das Redaktionskomitee sich im weitesten Umfange auf eine Mitwirkung des Rats beim Abschluß von Schieds- und Sicherheitsverträgen festgelegt hat. Der Rat soll auf Wunsch eines Staates unter Berücksichtigung der politischen Situation und des allgemeinen Friedensinteresses den Abschluß von Schiedsgerichts- bzw. regionalen Sicherheitsverträgen empfehlen, belegen zwei Resolutionen. Angenommen ist ferner der allgemeine Schieds- und Schiedsgerichtsvertrag, den zu unterzeichnen alle Parteien aufgefordert werden sollen. Der Vertrag schließt sich eng an schwedische Vorschläge an und geht über die meisten bisher abgeschlossenen Verträge infolgedessen hinweg, als alle Streitigkeiten sowohl rechtliche wie politische der friedlichen Regelung unterworfen werden. Die Frage ist nur, wie viele Staaten einen solchen Vertrag unterzeichnen werden. England lehnte in der Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß der Völkerbundspakt für England genügende Generalvertrag sei, an und stellte die triviale Frage, ob man wirklich abrufen würde, wenn alle Staaten dem neuen Vertrag angeschlossen würden. Obgleich diese Frage eine lange Diskussion entziffelte, wurde sie nur immer gestreift, nicht direkt bejaht.

Aus der Diskussion ist eine Bemerkung des Vorsitzenden Benesch beachtenswert, in der er auspricht, daß die Einleitung des neuen Generalvertrages auf keinen Fall die eventuelle Anwendung des Artikels 19 des Völkerbundespaktes beeinträchtigt. Eine Resolution über den Beitritt zum Internationalen Gerichtshof, die den Rat auffordert, die noch nicht angeschlossenen Staaten über ihre Gründe zu befragen, wurde zwar angenommen, aber England teilte sofort mit, daß es auch hieran nicht für alle juristischen Streitigkeiten dem Gerichtshof beitreten könne. Die deutschen Kriegsverhütungsvorschläge sollen den Regierungen zur Rückkehrung vorgelegt und nach gründlicher Prüfung in der nächsten Tagung der Sicherheitskommission einer zweiten Lesung unterworfen werden. Als Berichterstatter wurde ein Belgier bestimmt.

Eine bedeutsame Feststellung des Präsidenten des Sicherheitsausschusses.

Genf, 6. März. (Eigener Funterbericht.)

In der Debatte im Sicherheitsausschuß versuchte der englische Vertreter seine Regierung mit dem Argument weiß zu machen, daß die Beziehungen seines Landes zu anderen Staaten so vielfältig seien, daß sie sich nicht über den einen Stamm des Schiedsgerichtsverfahrens streiten ließen. Er fand aber mit dieser Hilfe keinen Anklang.

Der Chinese erhob Einspruch gegen die Annahme des allgemeinen Garantievertragesentwurfes, in dem es heißt, daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden dürfen. Der Chinese ging dann von dem Gesichtspunkt aus, daß China von den seit 80 Jahren mit den imperialistischen Staaten geschlossenen ungerechten Handelsverträgen auch gegen deren Willen los komme. Er vermutete, daß mit dieser Formulierung das Revisionsverfahren des Völkerbundes für überlebte Verträge ausgeschaltet werden sollte. Nun aber entfiel schon der deutsch-polnische Schiedsvertrag jenen Hinweis auf die Rechte der Staaten, die nur mit ihrer eigenen Zustimmung geändert werden dürfen. Der Präsident des Sicherheitsausschusses, der tschechische Außenminister Benesch, begriff sofort, daß die deutschen Vertreter nun dem Chinesen und damit aller Welt erklären würden, daß davon keine Rede sein könne und daß das Revisionsverfahren unbehelligt von den Garantieverträgen erhalten bleiben würde. Er stellte das sofort klar fest, so daß sich damit eine deutsche Erklärung erübrigte und erledigte damit die Feinzeit von dem deutsch-nationalen Freiherrn v. Freytagh-Loringhoven aufgestellte Behauptung, daß die Politik von Locarno auch eine friedliche Grenzrevision im Osten unmöglich gemacht habe.

Genf, 5. März. (Eigener Funterbericht.)

Der Sicherheitsausschuß fabrizierte am Montag eine Reihe von Resolutionen, die die Gedanken des Genfer Protokolls zum Teil wieder aufnehmen, zum Teil umbiegen. Morgen wird die Sicherheitstagung voraussichtlich zu Ende gehen. Es wird erst dann möglich sein, ein Urteil darüber abzugeben, ob die täglich achtstündige Komitteearbeit zwei Wochen hindurch irgend einen Fortschritt für das heute geltende Völkerrecht hinaus bietet.

Der deutsche Außenminister Stresemann hatte am Montag nachmittags dem französischen Außenminister Briard einen Besuch ab, der bis kurz vor 5 Uhr dauerte.

Die erste Sitzung des Rates.

Genf, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) In der ersten am Montag eröffneten 19. Sitzung des Völkerbundesrates wurden Angelegenheiten mündlicher Bedeutung erörtert. Der Bericht über die Einleitung der öffentlichen Verhandlungen und der Bericht der Mandatkommission wurden genehmigt, die Wahl von zwei Ersatzmitgliedern für die Mandatkommission wurde der nächsten öffentlichen Sitzung überwiesen. Wichtiges ist ein Entwurf des englischen Außenministers Chamberlain an den Vertreter Schwedens als Berichterstatter des Rat über den Stand der parlamentarischen Verhandlungen.

Profit aus dem Blute der Arbeiter.

Die schauerlichen Zustände im Kohlenbergbau.

Berlin, 5. März. (Eig. Bericht.) In der Montagssitzung des Preussischen Landtages beantragten die Kommunisten die Ausheldung der Tagesordnung für die zweite Lesung des Berg- und Hütten-Gesetzes, für die der Verfassungsausschuss eine dreistündige Redezeit für jede Fraktion festgesetzt hatte, drei Stunden Redezeit anzuweisen. Für die Sozialdemokraten beantragte Abg. Osterhoff, angesichts der durch die Grubenkatastrophe geschaffenen Lage, die Redezeit zu verlängern. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten abgelehnt. Das Haus trat dann in die Tagesordnung ein. Hierauf wurde der Entwurf eines Staatsvertrages zwischen Preußen und den südbaltischen Staaten zur Regelung der Vorkriegsverhältnisse dem Hauptauschuß überwiesen.

Das Haus trat nunmehr in die zweite Lesung des Berg- und Hütten-Gesetzes ein. Nach den Berichterstattungen von Osterhoff (Soz.) und Hartz (Ztr.) beantwortete Ministerialrat Hagfeldt die über die Grubenkatastrophen von Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten großen Anfragen, aus denen hervorgeht, daß die Förderung auf der Zeche Ewald-Fortsetzung in Erkenschwid zwar den Sicherheitsvorschriften entspricht, aber technisch überholt gewesen sei. Nach den neuesten Vorschriften dürfen ab 1. Juli 1928 derartige Maschinen nicht mehr in Betrieb sein. Die Braunkohlenstaubexplosion auf der Braunkohlengrube Hubertus in Brügge sei die Folge eines in der Fabrik eingetretenen Brandes gewesen. Die Regierung habe aus diesem Anlaß die Oberbergämter angewiesen, erneut die Sicherheitsvorschriften in Erinnerung zu bringen.

Handelsminister Dr. Schreiber:

Die Erörterung der wirtschaftlichen Fragen des Bergbaues ist seit Ueberführung der staatlichen Bergbetriebe in die Gesellschaftsform mehr in den Hintergrund getreten. Dafür steht heute die Erörterung der Frage der Sicherheit der Bergarbeiter im Vordergrund. Die beiden bedauerlichen Katastrophen der letzten Zeit legen uns die Verpflichtung auf, unsere Anstrengungen nach dieser Richtung hin zu verdoppeln. Die Arbeiten des Grubenführers haben sich vermehrt und werden hoffentlich weiterhin gute Früchte tragen. Leider muß aber eine Reihe von Wünschen aus dem Hause der reichsgesellschaftlichen Regelung vorbehalten bleiben. Rentenprämien, die auch in den staatseigenen Betrieben besteht, habe ich für bedenklich; doch sehe ich keine Möglichkeit, sie in Privatbetrieben zu verbieten. Bei Festlegung der Bedinge hat der Rentenversicherer mitzuwirken. Unsere Erfahrungen mit den Grubenkontrollleuten sind befriedigend. Eine Erhöhung ihrer Zahl würde ich begrüßen, falls der Finanzminister die Mittel dazu hergibt.

Ein allgemeiner Ueberblick über die Entwicklung des Kohlenbergbaues zeigt eine Zunahme der Förderung in allen Bezirken. Im Ruhrrevier ist zum ersten Male die Friedensförderung überschritten worden. Bei der Braunkohle wird sich die Friedensförderung verdoppeln, wenn die Förderung der letzten Monate aufrecht erhalten werden kann. Auch

der Schichtförderungsanteil auf den Kopf des Arbeiters ist gestiegen.

(Hört! Hört! bei den Soz.) Die Lage der staatseigenen Betriebe entspricht im großen und ganzen der Lage im übrigen Bergbau. Der Minister äußert sich dann noch über die Frage der Gasfernversorgung, die nur in Betracht kommen könne, wenn sie vorteilhafter und zuverlässiger als die bisherige Versorgung sei. Die Bedenken einzelner Kommunen wegen Aufgabe ihrer Selbständigkeit in dieser Beziehung könnten beseitigt werden. Es sei auch Vorsorge zu treffen, daß der Saarbergbau, wenn Deutschland wieder die Verfügung über ihn bekommt, nicht wirtschaftlich zurückbleibt. Auf die wirtschaftlichen Interessen des Bergbaues in den schlesischen Grenzbezirken möchte die Staatsregierung ihr besonderes Augenmerk.

Abg. Osterhoff (Soz.)

Er spricht zunächst den Opfern der beiden großen Unglücksfälle das Beileid der sozialdemokratischen Fraktion aus. Er erinnert an die Bemühungen, alles zu tun, um Leben und Gesundheit der gefährdeten Bergarbeiter zu sichern, und fährt fort:

Die Kohlenproduktion ist nach den Angaben des Ministers trotz des Abbaues der Bergarbeiter gestiegen, ein Beweis für die immer abgestrittenen

Riesengewinne der Bergherren.

Es wird freilich gesagt, daß keine höheren Löhne gezahlt werden können. Von einem Abbau der vielen Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder, die zum Teil unglücklich hohe Entlohnungen beziehen, hat man jedoch noch nichts bemerkt. In den reichsten Bergbezirken, die täglich von Todesgefahren umlauert sind, erklären die Unternehmer lediglich Ausbeutungsschelte, denn die jetzt gezahlten Löhne stehen in keinem Verhältnis zu den in den letzten Jahren erzielten Riesengewinnen. Diese Tatsachen haben eine Atmosphäre geschaffen, die nach Entladung drängt. Nur so ist es zu begreifen, daß die Bergarbeiter jetzt ihre Ansprüche auf bessere Entlohnung und menschenwürdige Behandlung angemeldet haben. Jedenfalls müssen nach Möglichkeit vermieden werden, weil sonst Naturkatastrophen nicht gehoben werden können und die Bergarbeiter schwer ein anderes Unterkommen finden. Das Gehalts-System gefährdet die Grubensicherheit, ebenso die empörende Kontrolle durch Stoppuhren. In keinem anderen Lande ist das Rentenprämienystem so vorherrschend wie in Deutschland. Für die Gefährlichkeit dieses Systems ist der beste Beweis, daß

trotz Verminderung der Schichtzeiten die Zahl der Grubenunfälle von 1926 bis 1927 von 22 529 auf 127 654 gestiegen ist.

(Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben aus diesem Grunde unseren Antrag auf Vermehrung der Grubenkontrollleute gestellt. Die Rationalisierung hat für die Unternehmer zwar eine erhöhte Produktion, aber für die Bergarbeiter keine Verbesserung ihrer Lage gebracht. Deshalb wird der Tag kommen, wo die Bergarbeiter mit den Bergherren Fraktur leiden werden. (Verdächtig bei den Soz.)

Abg. v. Gersdorff (Dnat.): Behauerlicherweise ist die Bergbauwirtschaft noch immer Zwangswirtschaft. Bei Bergarbeiterstreiks ist der Saft der Arbeitswilligen sehr mangelhaft geworden.

Abg. Hartz (Ztr.) beklagt sich über die schlechte Behandlung der Bergarbeiter durch Unternehmer und Verze. Im rheinischen Braunkohlenbergbau seien die meisten Kohlenstaubexplosionen vorgekommen. Abg. Dr. Bartsch (D. Sp.) äußert sich für das Rentenprämienystem ein und beklagt sich über die schlechte wirtschaftliche Lage des Bergbaues. Abg. Sobotta (Kommunist) ist der Auffassung, daß Zentrum und Sozialdemokraten an der hohen Gehältern der Bergdirektoren Schuld haben. (Beifall.) Abg. Hartzmann (Dcm.): Die Steigerung der Produktion beweist, daß im Bergbau die menschliche Arbeitskraft mehr als früher auszunutzen ist. Daraus beweisen auch Stimmen aus dem Unternehmerrlager, daß die Lage des Bergbaues nicht so schlimm ist, wie es Herr Bartsch behauptet.

Abg. Franz-Oberhölzer (Soz.):

Wir sind im Gegenteil zu Herrn Winterfeldt der Ansicht, daß viel zu wenig über Bergarbeiterfragen gesprochen wird. Er hat hier eine ausgesprochene Schwarzmaßrede gehalten. Herrn Sobottas angebliche Feststellungen gegen die Gewerkschaften und gegen die Sozialdemokratie sind nichts weiter als schändliche Erfindungen. Die Beratung des Gesetzes durch den Ausschuss, auf das kommende Reichsberggesetz gestellt zu sein, ist nicht der Auffassung, daß es sehr wohl möglich ist, schon jetzt

die von uns geforderten Reformen einzuführen. Das Geschrei über die schlechte wirtschaftliche Lage des Bergbaues hat den Zweck, die Arbeiter von Lohnforderungen abzuhalten. Wir hoffen übrigens, daß die Regierung bei Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages nicht nur auf die Interessen der Bergherren, in den schlesischen Grenzbezirken Rücksicht nimmt, sondern auch auf die Lage der Bergarbeiter. Gerade in Oberschlesien zeigt die Unfallkatastrophe des Bergbaues eine furchtbare Tendenz; hier steht ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Unfallziffern und Steigerung der Leistungen durch das Anreizsystem. Eine Vermehrung der Bergrevierinspektoren ist deshalb in diesen Bezirken ebenso erforderlich, wie eine Vermehrung der Zahl von Grubenkontrollleuten. (Beifall bei den Soz.)

Nach kurzen Ausführungen der Abg. Martin (Dnat.) und Abel (Komm.) schließt die allgemeine Aussprache. — In der Beratung der Einzelartikel fragt Abg. Jaksch (Soz.) an, weshalb die Verwaltung der Grube Ewald auf dem Unglücksfall den Tiefenanzeiger abmontiert und damit eine verantwortliche Klärung des Unglücks verhindert habe. Bei der Besichtigung der Opfer seien die schwarzweißen Fahnenstangen der Beamtenwohnungen nicht einmal mit einem Trauersklor versehen worden.

Die Abstimmung über die zum Berggesetz gestellten Anträge erfolgt am Donnerstag, den 8. März. — Das Haus vertagt sich auf Dienstag, den 6. März.

Der Panzerkreuzer beschlossen.

Scharfe Kritik an der Arbeiterpolitik der Reichsmarine.

Berlin, 5. März. (Eigener Bericht.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages stimmte am Montag der ersten Rate für den Panzerkreuzer A und den Restbetrag für die anderen Neubauten mit 15:12 Stimmen zu. Das Zentrum stimmte mit seinen bisherigen Bürgerblockfreunden für den Bau des Kreuzers.

Im Verlauf der vorangegangenen Debatte brachte Abg. Hülsh (Soz.) die Arbeiterpolitik der Marine auf den Werkstätten zur Sprache. Inzwischen — so fährt er aus — sei eine Veränderung zu Ungunsten der Arbeiter bei Tarifverträgen eingetreten. Gewiss sollten die Marinebetriebe nach Möglichkeit aus den Tarifverträgen heraus gehalten werden. Bei den Privatwerften seien jetzt bei der besseren Konjunktur Leistungszulagen eingeführt. Diese Zulagen wünschten auch die Werftarbeiter in einer Form, wie sie bei Staatsbetrieben nötig seien. Bei der Kieler W. R. ist und dem Arsenal würden außerordentlich viel Überstunden verlangt. In Wilhelmshaven sei man ohne Neuerwerbungen ausgekommen. Der Rechnungsschaff fummere sich dort um Dinge, die ihn nichts angingen. A. B. habe er die Arbeitervereinigungen nachgeprüft und eine ganze Reihe langjähriger Arbeiter dort erheblich niedriger eingestellt. Das gehe ebenso wenig an, wie die Verhängung der Entlassung bei jeder kleinen Verschling. Endlich schäme die Verwaltung Polizeibeamte in die Werkstätten zur Überwachung der Arbeiter in ihrer Tätigkeit, nicht bloß für den Anfang und Schluß. Derartige polizeiliche Überwachung müsse schließlich zur starken Verbitterung und Rawallen führen.

Abg. Wiedemann (Soz.) unterließ diese Beschwerden und bemängelte die Art der Einstellung der Arbeiter durch die Fürsorgestellen der Stationen; diese Einstellung müsse durch öffentliche Arbeitsnachweise erfolgen. Ausnahmen aber mit ärztlichen Genehmigungen vereinbart werden. In einem Falle habe die Werftverwaltung einen Heizer zu 7000 Mark Schadenersatz verpflichtet und ihm vom Lohn abziehen wollen. Das Arbeitsgericht in Osnabrück habe natürlich die Marine ins Unrecht gesetzt. Vergleichende Maßnahmen dürfe die Marine bei den schlechten Besoldungen doch nicht treffen.

Der Chef der Marineleitung teilte zum Schluß der Sitzung noch mit, daß die Seetransportabteilung im nächsten Jahre aufgelöst werden wird.

Nur immer an die Futtertrippe!

Deutschnationale und Zentrumsbeamte sollen Gehaltszulagen kriegen.

Berlin, 6. März. (Eigener Funkbericht.)

Das Reichskabinett beschäftigte sich am Montag mit dem Personalrat. Die Verhandlung zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum, daß in den einzelnen Reichsministerien eine bestimmte Zahl von Beamten höher eingestuft werden, scheint zur Tatsache werden zu sollen. Das Zentrum hatte zwar zunächst gegen diese Veränderung im Personalrat Stellung genommen, soll aber jetzt bereit sein, die Höherstufung mit den Deutschnationalen durchzusetzen, weil seine Wünsche auf personalpolitischem Gebiet berücksichtigt werden sollen.

Eine Warnung an den Landbund

Eine Abordnung kommunistischer Junker versuchte gegenüber dem Regierungspräsidenten in Köslin der preussischen Regierung mangelndes Interesse für die Landwirtschaft vorzuwerfen. Der Regierungspräsident wies diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück. In bezug auf die Drohungen der Landbündelführer, nach Berlin zu marschieren, erklärte Regierungspräsident Cronau, er warte, mit dem Feuer zu spielen. Wir möchten nur wünschen, daß alle preussischen Regierungspräsidenten ähnlich handelten.

Neue Roheiten der Hitlerbanden.

Sie überfallen ruhige Versammlungsteilnehmer.

Stuttgart, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) In einer von den Stuttgarter Nationalsozialisten einberufenen öffentlichen Versammlung kam es zu großen Ausschreitungen. Als Redner trat der frühere sozialdemokratische, später kommunistische Landtagsabgeordnete Friedrich aus Sigmaringen auf, der in einer etwa zweistündigen Rede die größten Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie und deren führende Persönlichkeiten losließ. Immerhin ging die Rede ebenso wie die Diskussion und das Schlußwort des Friedrich ohne ernstliche Störungen vorüber. Als er beendet hatte, begannen die Anwesenden, die sich zum Fortgehen anstellten. Wieder zu singen, die einen die Internationale, die anderen das Hakenkreuzlied. Dazwischen die Verarmungsleistung dem vor der Bühne aufgestellten uniformierten Sturmtrupp der Hakenkreuzler die Weisung, den Saal zu räumen. Daraufhin begann eine Schlacht mit Stiefeln und Stuhllehnen, in der eine größere Anzahl an Leuten blutig gelagert wurde. Die wehrlosen Teilnehmer stürzten zum Teil durch ein Fenster auf den dunklen Hausgang über ein Metallblech hinweg auf den Hof der Brauerei. Gegen die im Saal Verbliebenen tobten sich die wütenden Köhlinge aus, bis das herbeigerufene Heberfallkommando der Polizei der Schlacht ein Ende bereite. Darauf lagen die organisierten Kombies in geschlossenem Zuge durch die Hauptstraßen nach dem Bahnhof zu ab.

Die Persönlichkeiten der Täter sind bisher der Polizei nicht festgestellt worden.

Die Verstärkung der Luftstreitkräfte der Sowjetunion.

Moskau, 4. März. Auf dem heutigen Flugtag wurden heute der Luftflotte 15 von den 66 Flugzeugen vierzehn übergeben, die die Sowjetmacht zur Bekämpfung der Feinde abzuwehren zum Feindflugzeug der Roten Armee aus dem Mittelmeer an die Sowjetmacht zum Konstantin des Großen als Antwort an Chamberlain gesendet hat.

Die wahren Ursachen der Not der Landwirtschaft.

Berlin, 3. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsverband der deutschen Industrie hat sich in den letzten Wochen „eingehend“ mit der Agrarkrise beschäftigt. Er ist dabei zu dem Schluß gekommen, daß die vom Reichslandbund geforderten handelspolitischen Maßnahmen abzulehnen sind. In einer von dem Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie gefaßten Entschliessung heißt es dazu u. a.: „Die Verfolgung einseitiger handelspolitischer Ziele, wie z. B. eine grundlegendende Verringerung unserer Handelspolitik, die gleichbedeutend wäre mit einer Zurücksetzung deutscher Exportinteressen, ist unbedingt abzulehnen.“

In seiner Entschliessung spricht der Reichsverband der deutschen Industrie ferner davon, daß die Notlage der Landwirtschaft in erster Linie durch die gesamte Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik der letzten Jahre verursacht worden ist. Mit dieser Feststellung geht die Industrie an wesentlichen Punkten vorbei. Tatsache ist nun einmal, daß die Erhöhung der Löhne, die Steuern und die sozialpolitischen Reformen auf die Gestehungskosten der Industrieprodukte ohne Einfluß geblieben sind. Die Gestehungskosten haben sich sogar infolge der Rationalisierung gesenkt, und wenn das Preisniveau für sämtliche Waren, die von dem Landwirt für seinen Lebensunterhalt und die Bestellung seines Landes gebraucht werden, gestiegen ist, so hat die Kartellpolitik der deutschen Industrie daran ihren wesentlichen Anteil. Eine Preisentwertung wurde infolge dieser Politik einfach unmöglich gemacht; insofern konnte der Landwirtschaft auch die Rationalisierung nicht zugute kommen. Außerdem hat sich die Industrie bis jetzt mit Erfolg gegen die vom Reichswirtschaftsminister schon vor einem Jahre angekündigte Zollentlastung für industrielle Waren gewehrt und auch dadurch eine Preisverbilligung verhindert. Also nicht Sozial-, Steuer- und Lohnpolitik, sondern die landwirtschaftlichen Bedarfsartikel, sondern die in Deutschland grassierende Kartell- und Zollpolitik.

Die Sittlichkeitschnüffelei schon wieder im Gange.

Die falschen Freunde der Jugend sind wieder einmal in Aktion getreten. Im Krank-Projekt hat der bekannte Berliner Universitätsprofessor Dr. Spranger die Bemerkung gemacht, daß es im Interesse des Volkes zu begrüßen wäre, wenn die breite Öffentlichkeit sich immer klarer bewußt werde, welche große Verantwortung sie gegenüber der Jugend trage. Diese Bemerkung des Sachverständigen war durchaus im Wege. Ueberflüssig ist aber ein Vorstoß der jetzt von den Fraktionen des Zentrums, der Deutschen Nationalen, der Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung im Preussischen Landtag eingeleitet worden ist. Sie fordern in einer großen Anfrage, daß gegen Zeitungsstände, Kioske, Litzsäulen und zahlreiche Schaufenster, die „mit Nudlitäten und widerlichen Darstellungen überfüllt“ seien, mit Auslagen, die die Sittlichkeit der Jugend in schlimmster Weise gefährden, vorgegangen werden soll. Polizeiverwaltungen und Staatsanwaltschaften hätten sich als ohnmächtig erwiesen, den Gefahren der Jugend abzuwehren und erklärten, daß die gegenwärtige Gesetzgebung keine Handhabe zum Einschreiten biete.

Als Staatsanwalt und Polizei sollen das Problem der Jugendvergangenheit lösen und zwar genau so, wie man es bereits seit Jahrzehnten ergebnislos zu lösen versucht. Die deutsche Jugend der Gegenwart ist im Grunde gesünder als die der Vergangenheit. Der Krieg, der die Kulturwelt zu zerstören suchte, hat allerdings auch unserer Jugend schweren Schaden zugefügt, aber zum großen Teil ist er bereits überwunden und wenn Dr. Spranger als Sachverständiger von der Verantwortung, die die Öffentlichkeit gegenüber der Jugend trage, gesprochen hat, so meinte er keineswegs, daß Hilfe durch Polizei und Staatsanwaltschaft die allein zweckmäßige sei. Gerade der Krank-Projekt, auf den sich die Interessanten der Rechtsparteien und des Zentrums berufen, hat deutlich bewiesen, daß das Jugendproblem viel weniger ein Problem der Jugend als der Erwachsenen ist. Eltern und Lehrer haben hier gemeinsam an der Arbeit zu geben, um durch Einführen in das Wesen der heutigen Jugend das Erziehungsproblem zu lösen. Polizei und Staatsanwalt richten gerade hier den größten Schaden an, denn alles, was durch Gesetz oder Polizeiverordnung öffentlich verboten ist, blüht im Geheimen. Es ist nun einmal so, daß die verbotenen Früchte immer am besten schmecken.

Gründung eines Leninbundes der linken Kommunisten.

Eine von 200 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands besuchte Konferenz der Opposition der kommunistischen Partei, die in Berlin tagte, beschloß einen Aufruf, in dem zur Gründung eines Leninbundes der linken Kommunisten aufgefordert wird. Als Begründung für diesen Beschluß wird angegeben, daß durch den heutigen Kurs Stalin das Ansehen des Kommunismus in der ganzen Welt schwer geschädigt sei, und daß sich daher die Arbeiter aufraffen müssen, um den Verfall der 3. Internationale zu verhindern.

Macdonald über die Angelegenheit des Sinowjewbriefes.

London, 3. März. In einer heute in Britonjerry gehaltenen Rede charakterisierte Ramsey Macdonald die Angelegenheit des Sinowjewbriefes als einen Schwindel. Er sprach ferner von dem „betrügerischen“ Gebrauch, den man von dem Sinowjewbrief gemacht habe und erklärte, seine Partei werde sich nicht beruhigen, ehe diese Angelegenheit aufgeklärt sei. Wir werden, fuhr er fort, den Konventionen Gelegenheit geben, die Sache zu klären. Wenn wir es nicht tun, so werden wir unbillig und immer wieder darauf zurückkommen und schließlich wird der Schwindel vor der britischen Öffentlichkeit bloßgestellt werden, so daß das englische Volk erfahren wird, unter welchen Voraussetzungen es im Jahre 1924 zur Wahlurne gegangen ist, sowie welchen Einflüssen die britische Wählerchaft, ohne davon eine Ahnung zu haben, unterworfen worden ist. Macdonald sagte dann noch, er habe sich nie dazu geäußert, ob er an Hand des vorigen Materials die Ueberzeugung gewonnen habe, daß der Sinowjewbrief an sich eine Fälschung sei oder nicht, denn er sei an dieser Frage nicht interessiert gewesen. Was ihn interessiert habe, sei der betrügerische Gebrauch, den man von dem Brief gemacht habe.

Uebergeschnappter Militarismus.

Kranzhilde Artillerie macht einen Ausflug auf das Substitut. Zu einem Zwischenfall, der eine Abteilung des 306. Artillerie-Regiments und eine Anzahl kommunisten handgemein werden ließ, ist es gestern in Trojes gekommen. Die Abteilung war zur Hilfestellung bei einem Kommando beauftragt gewesen und war im Begriff, in die Kasernen zurückzugehen. Der kommandierende Leutnant glaubte, unterwegs aus der Menge einen Schimpf zu hören zu haben. Getreu den Anweisungen des Kriegsministers Vainland, der dem Militärrecht zur Selbstjustiz gibt, sprang er unter die Menge und suchte keinen Beschädigten zu finden. Es gab dabei einen großen Aufruhr, der schließlich einen regelrechten Straßenkampf auf die Straße brachte. Es gab Verletzte, falls diese nicht Verletzte.

Gammlen-Anzeigen

Statt bes. Anzeige
Dr. med. Herbert Hoffmann
med. prakt. **Margot Hoffmann**
geb. Ring 10922
Vermählte
Breslau
Mühlb. 49 z. Zt. auf Reisen

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Am 4. März verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Stellmacher** 2210
Wilhelm Hanke
im Alter von 57 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle in Cosel nach dem St. Barbara-Friedhof.

Am 4. März verschied unser Mitglied, der **Stellmacher**
Wilhelm Hanke
im Alter von 57 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Sozialdemokratische Partei Deutschlands Ostverein Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel. 2206
Trauerhaus: Hildebrandstr. 12. Distrikt 11.

Am Sonntag, den 4. März, verstarb unser Freund und Arbeitskollege, der **Stellmacher**
Wilhelm Hanke
im Alter von 57 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die freigeordneten Stellmacher der L.H.L.-Werke.
Beerdigung: Mittwoch, den 7. März, nachm. 4 Uhr von der Halle in Cosel nach d. St. Barbara-Friedhofe.

Am 4. März, nachts 1 Uhr, verschied nach langen, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber, guter Mann, unser treuergender Vater, Sohn, Schwiegersohn, Bruder, Schwager und Onkel, der **Kriegsschlichter**
Paul Riediger
im blühenden Alter von 32 Jahren.
Dies zeigt schmerzhaft an
Die Kamerade Gattin
Marina Riediger, geb. Gerstel
nebst Kindern und Anverwandten.
Beerdigung: Mittwoch, 7. März, nachm. 4 Uhr von Trauerhause in Neukirch aus. 4527

Am 4. März verstarb nach schwerer Krankheit unser Kamerad
Paul Riediger
im Alter von 32 Jahren. 2265
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“, Ortsverein Neukirch.
Beerdigung: Mittwoch, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, von Trauerhause in Neukirch.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Am 2. März verstarb die Frau unseres Verbandskollegen **Richard Krause** 2266
Frau Selma Krause
geb. Kobasch.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 7. März, nachm. 4 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Dürgoy.

Am Sonntag, den 4. März, verstarb nach langer, schwerer Krankheit unsere liebe Mutterwollerin
Frau Selma Krause.
Ihr Andenken werden stets in Ehren haben
Die Mieter der Häuser
Brigittental Nr. 7. 2267

Zentrverband der Steinarbeiter
Am Sonntag, den 2. März, nach 23 Uhr, starb nach langem Leiden unser Kollege, der **Steinmetz**
Reinhold Riedel
im Alter von 54 Jahren 11 Monaten.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Zentralstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, 7. März, nachm. 4 Uhr, in Politzsch.

Die Beerdigung der Frau des Kameraden
Reinhold Riedel
findet Mittwoch, den 7. März, nachm. 11 Uhr in Kriegerdenk-Gebäude statt. 2268

Statt jeder besonderen Anzeige!

Am 4. März, früh 6 Uhr, verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden, mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Onkel, Schwieger- und Großvater, der **Stellmacher**
Wilhelm Hanke
im Alter von 57 Jahren.
Breslau, den 5. März 1928 4819
Hildebrandstr. 12.
Dies zeigt an in tiefem Schmerz
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Selma Hanke.
Beerdigung: Mittwoch, den 7. März, nachm. 4 Uhr, von der Halle des St. Barbara-Friedhofes in Cosel aus.

Am 4. März verschied nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden mein lieber Mann, unser guter Stiefvater, der **Friseurmeister**
Paul Kahlert
im Alter von 70 Jahren.
Breslau, den 5. März 1928.
Berliner Straße 67
Im Namen der Hinterbliebenen
Hedwig Kahlert
geb. Schramm
nebst Stiefsohn Alois.
Beerdigung: Mittwoch, 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Nikolai-Friedhofes in Cosel aus 276

Am 4. März verstarb nach langem Leiden, jedoch plötzlich und unerwartet, unser einziger lieber Sohn, Enkelsohn, Nette und Cousin
Paul Stiller
im blühenden Alter von 25 Jahren.
Breslau, den 6. März 1928.
Im Namen der Hinterbliebenen:
Die tieftrauernden Eltern
Hermann Stiller und Frau
Emma, geb. Laßmann.
Beerdigung: Mittwoch, den 7. März, 14^{1/2} Uhr, in Brieg, Bez. Breslau. 281

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Fl. Breslau
Am 3. März starb an Magenblutung unser werter Kollege, der **Maler**
Gustav Walter
im Alter von 60 Jahren.
Sein Andenken werden wir in Ehren haben.
Die Ortsverwaltung.
Beerdigung: Heute, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Friedhofes in Dürgoy. 286

Am 1. März, nachmittags 6^{1/2} Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden die Frau unseres Kameraden **Max Weber**
Frau Elfriede Weber
geb. Wolf 277
Ein ehrendes Andenken bewahren ihr
Die Mitglieder der „Münchener Breslau“.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, 7. März, nachm. 3 Uhr, im Trauerhause in Cosel statt.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die schönen Kranzspenden beim Hinscheiden meines geliebten Mannes spreche ich hiermit dem Vorstand, den Mitarbeitern und Angehörigen des Vereins, und besonders dem Vorstand, dem Vorstand, der Sozialdemokratischen Partei, den Mitarbeitern des Hauses Friedrich-Wilhelm-Str. 17 und 18, sowie dem Bruder Hans Lehner, herzlichsten Dank. Meinem treuen, lieben Mann und allen Freunden und Bekannten, welche mich während seines Lebens in der schweren Zeit seiner Krankheit Gutes erwiesen haben, meinen herzlichsten Dank aus.
Breslau, den 5. März 1928
Er-Wid. St. 37 287
Boris Wubsche.

Stadtheater
(Opernhaus)
Dienstag
10 bis gegen 23 Uhr:
14. Abonn.-Vorstellung.
Serie F
„Dohengrin“
Mittwoch
20 bis gegen 22 30:
14. Abonn.-Vorstellung.
Serie G 4815
„Die verkaufte Braut“
Donnerstag,
20b. geg. 22 30 Uhr:
„Rigoletto“

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 4501
Tel. Stephan 36300.
Dienstag, 20 Uhr:
Zum 25. Male!
„Der Zarewitsch“
Mittwoch u. täglich 20 Uhr:
„Der Zarewitsch“
Sonntag nachm. 15^{1/2} Uhr
„Die Försterbrüder“

Lobe-Theater.
Tel.: Ring 6774.
Täglich 20 Uhr:
„Der Heger“
Kriminalstück
von Edgar Wallace.
Thalia-Theater
Tel.: Ring 6760.
Täglich 20 Uhr:
„Das Kamel geht durch das Nadelohr“
Puffspiel
von Franz Josef Langen. 4816

Liebitz. 10770
Theater:
Tel. Stephan 3-016
Täglich 20 Uhr:
Der größte bisher. Erfolg
des Liebitz-Theaters
Singers
Midgets
Revue
u. das ersteklassige
Varieté-Programm
u. z. mit
Kremolina-
Darras Comp.
und
Nelson-Truppe
sind d. Tagesgespräch v. Breslau

Masken
elegant und sauber
von 2.00 Mk. an
4659
verleiht
Zander, Geilhornstr. 28 L.
Leihweise elegante
Rad- und
Smoking-
Anzüge
Strad-
A. Palaloug
Schneidmeister 4514
Bischoffstraße 3.

Die besten Maschinen
der „Vollswacht“
in den ersten Erfolg
Die besten Maschinen
Zahrräder
Spezialrad von 60 bis an
Zahnräder billig nur bei
Larisch,
Neue Reichsstr. 5.
Tel. 111, Adresse Behring.
Leihweise elegante
Strad-L. Rad-
Herz. Mohaupt
Reichstraße 1, 1. Tel. N. 1391
über Bismarckstraße.

Die Vergebung von
DRUCKSACHEN
GEBÜCKERTEN ZEITUNGEN UND
BÜCHERN, FAKTUMEN UND
SCHMIEDE, BRANDWASSER, ANSCHL.
SPORT- UND VERLEIHUNGS-REISEN
DES
VOLKSWACHT
BRESLAU 2, FLURSTRASSE 4-4

Gewerkschaftshaus, großer Saal
Margaretenstraße
Dienstag, den 6. März, abends 8 Uhr
Mandolin-Konzert
der Freien Mandolin- und
Gitarren-Vereinigung
mit ihren Jugend- und Kindergruppen
2177
Eintrittspreis pro Person 55 Pfg.
inkl. Steuer-Vorverk.: Restaurant Gewerkschaftshaus

Bücher
für Jugendweihen!
Kanitz, Das proletarische Kind
Ganzleinen gebunden . . . 2.- Mk.
Anna Siemsen, Das Buch der
Mädel, gebunden . . . 2.50 Mk.
Irene Gerlach, Jugend-
kämpferinnen . . . 3.50 Mk.
Hodann, Bub und Mädel
gebunden 2.60 Mk.
Taschenbuch der Arbeit
0.75 Mk.
Volkswacht-Buchhandlungen Breslau
Neue Graupenstr. 5 * Neue Taschenstr. 11

Wein-Import-Haus
Herzberg & Co.
verkauft in seinen
5 Geschäften:
Hütchenstraße 48
Blücherplatz 18
Klosterstraße 64
Michaelisstraße 3
Leuthenstraße 10
deshalb so billig, weil es die Weine direkt in ganzen
Waggons aus dem Anlande bezieht.
Echte süße Südweine
vom Faß p. Ltr.
Südwein blutrot oder gelb 1.25
Insel Samos süß 1.50
Tarragona süß 1.40
Malaga goldgelb 1.50
Sherry-Wein 1.00
Vino Wermouth 1.00
In Flaschen auch in höheren Preislagen
erhältlich p. Ltr.
Bowlen-Wein 1.30
Rotwein feurig, tiefdunkel 1.20
4712
Obstweine einschl.
Flasche
Cyder vollsüß 0.65
Rosébeerwein 0.80
Johannisbeerwein 0.85
Stachelbeerwein 0.85
Fruchtisch eleg. Aufmachung 1.45

Kawigeluche
Zebe 101
Nähmaschine
kauft
Gräßhofer Str. 45, part. 1.
Arbeitsmarkt!
Lehrmädchen
nicht unter 16 Jahren od. Bor-
richterin i. Herrenmäßige Kleid.
Bismarck, Große Dreie-
lingsgasse 11. 11. 28

Bertold Lippert
Heinrichstraße 15 4518
Filteten Oberstraße 17
und Behringstraße 43.
Abzugeben
Herm. Mohaupt
Reichstraße 1, 1. Tel. N. 1391
über Bismarckstraße.

Zausche
zwei große Zimmer
Schöneburger Stadtgraben,
gegen Heine: Offerten unter
K. 279 an die Geschäftsstelle
des Zeitungsbetriebs. 276
Rietze Käufern
Ihr komplettes erhaltene
Küchengeräte aus
Küchen, Kammergesch. u. a.
aus dem Jahre 1910. Nur
3 Wemige, sehr 4 Wemige

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 6. März 1928.

Vorbereitung zum Wahlkampf.

Aufstellung der Kandidaten.

Eine Rieserversammlung, die beide Säle des Gewerkschaftshauses nebst den Galerien füllte, legte gestern Abend Zeugnis ab von der Kampfstimmung der Breslauer Arbeiterschaft.

Verhältnismäßig einfach ging dagegen die Aufstellung der Kandidaten zu Reichstag und Landtag vor sich.

Zur den Reichstag: Löbe, Maße und Seppel, und für den Landtag: Winger, Dr. Hamburger, Frau Kuhnert und Köster.

Das Stimmresultat für die Stadtverordnetenliste wird erst im Laufe des heutigen Tages festgestellt.

Kanada, das Land der eigenen Scholle.

Kanada, der große Landfelsen im dem Norden Amerikas, der eine achtzehnmal größere Fläche als das Deutsche Reich einnimmt, ein Land, das erst vor einigen Jahrzehnten der Einwanderung erschlossen wurde und ungeahnte Reichtümer innerhalb seiner Grenzen birgt.

Vorbereitung heftigen Flammen wäre zu wünschen, daß sie durch eine detaillierte Darstellung der Wirtschaftsweise der betreffenden Länder erweitert würden.

Verhaltensregeln bei Notlandungen von Flugzeugen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, haben der Preussische Handelsminister und der Minister des Innern gemeinsam Verhaltensregeln bei Notlandungen von Flugzeugen ausgearbeitet.

Ungeordnetes Verhalten der Bevölkerung bei Notlandungen von Flugzeugen außerhalb von Flughäfen hat wiederholt die Beteiligten gefährdet.

1. Wenn ein Flugzeug landen will, muß das in der Lande- richtung liegende Gelände freigemacht werden.

2. Kinder sollten grundsätzlich ferngehalten, Tiere entfernt oder festgelegt werden.

3. Solange die Propeller laufen, ist die Annäherung an das Flugzeug mit Lebensgefahr verbunden und zu vermeiden.

4. In unmittelbarer Nähe gelandeter Flugzeuge ist wegen der Benzindämpfe der Motoren das Rauchen gefährlich und daher unbedingt zu unterlassen.

5. Unterstüßung der Flugzeuginsassen ist auf deren Verlangen oder soweit es die Umstände erfordern (zum Beispiel bei Verletzung der Insassen) erwünscht; den Anordnungen des Flugzeugführers ist im Interesse der Sicherheit von Leben und Eigentum Folge zu leisten.

6. Flurschäden ist zu vermeiden, Menschenansammlungen bei Notlandungen verursachen häufig mehr Flurschäden, als das Flugzeug selbst.

Ein Jach London-Abend.

Am Mittwoch, den 7. März, abends 8 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, ein Lichtbildvortrag mit Rezitationen statt.

Jach Londons Leben und Werte.

Alfred Beierle wird an Hand von Lichtbildern zunächst einen Vortrag über Leben und Werte des Dichters halten und sodann mehrere Stücke aus Jach Londons Werken vorlesen.

Programm:

- Der Dichter des Weltgenusses. Der Tribun des amerikanischen Proletariats. 1. Der Mann und das Weib. Sein Leben als Roman erzählt mit 50 Lichtbildern. 2. Erzählung resp. Vorlesung aus: a) Abenteuer des Schienentranges. Ein Bekenntnis. Von der Polizei gefangen. b) Aus der Sohn des Wolfs. Das große weiße Schweigen.

Eintrittspreis 40 Pf. Für Erwerbslose und Jugendliche, aber nur an der Abendkasse, 20 Pf. Der Vorverkauf findet statt: in den Volkswachtbuchhandlungen Neue Graupenstraße 5/6 und Neue Tassenstraße 11, im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17; Parteisekretariat, Zimmer 36, Restaurant, Freie Volkshöhle, Albrechtsstraße, Vorkwärts-Lager Mathiasstraße 122, Wirtschaftsmagazin Silbermann, Westendstraße 53, Zentralballhale, Westendstraße, Lotteriekollekte Lehnert, Gräblichener Straße 27, und bei den Betriebsvertrauensleuten. Arbeitserziehungsausschuß Breslau.

Quartiere gesucht.

Sonnabend, den 17., und Sonntag, den 18. März, findet im Gewerkschaftshaus in Breslau der Bezirks-Parteitag der SPD. für den Bezirk Mittelschlesien statt.

Liebe Eltern und Genossen von Ohlauer Tor!

Mittwoch, den 7. März, findet in dem Jugendheim in der Osnier Schule eine gemeinsame Elternversammlung der Kinderfreunde und Arbeiterjugend statt.

Warnung vor Siedlungsschwindel.

Zu der unter dieser Ueberschrift am 1. März erschienenen Magistratszirkulär bittet die Kriegerehrlichkeitsbewegung, sie nicht mit dem unredlichen Siedlungsunternehmen in einen Topf zu werfen.

Protest der Mietervereine.

Am 4. März tagte in Breslau die Jahresversammlung des Niederschlesischen Mietervereinsverbandes e. V., die von den zahlreichen Mietervereinen des Verbandsgebietes außerordentlich gut besucht war.

Trotz aller Warnungen und des Widerpruchs der Mietervereine hat der Reichstag die Novelle zum Mietrechtsgesetz und Reichsmietengesetz nach den Vorschlägen der Reichsregierung angenommen.

Das wässrige Amerika.

Wir sollen und müssen von Amerika lernen. Das war die Quintessenz des Februar-Vortrages, den der weitgereiste Ober-Ingenieur Dreger am Sonntag vormittag im Taubentier-Theater vor leider nur mäßig besuchtem Hause hielt.

Dreger bereiste mit der Kameta alle großen Städte Amerikas und bietet in seinem Film von überallher Ausschnitte so prägnanter Art, daß am Ende nur der Eindruck des überwältigenden Verbleib, und die stille Sorge um Europa, das diesem Tempo der Wirtschaft zurzeit nicht annähernd gewachsen ist.

Schlesische Auswandererberatung.

Die Schlesische Auswandererberatungsstelle (Breslau 5) teilt mit: Im Februar wurden 445 Auskünfte an 300 Anfragende erteilt, wovon mehr als die Hälfte sich auf den Erdteil Amerika bezog.

Theater und Musik.

Madame Butterfly.

An Publikumswirksamkeit hat dieses regelrechte Rührstück von der kleinen, über ihre Verlassenheit bis zum Selbstmord sich gramende „Frau Schmetterling“ mit Puccinis erotisch duftender und ebenfalls weidlich-sentimentaler Musik noch nichts eingebüßt.

Politik. Ihre Sehnsucht tendiert nach einer Einheit und Geschlossenheit in der gesamten Lebenshaltung; sie will die Dinge vom katholischen Menschen, also vom Weltanschaulichen aus betrachten und bewerten.

Diese Jugend will nicht blindlings an den Forderungen der Wirtschaft und Politik vorübergehen, sondern hat ihre bestimmten Forderungen zum sozialen Problem.

Der im Vergleich zum vergangenen Abend, an dem Genosse Köster über die Jungsozialisten sprach, eine konkretere Herausstellung von bestimmten Forderungen, den Abriß einer bestimmten Fortentwicklung auch hier erwartete, mußte entfallen werden.

Wer im Vergleich zum vergangenen Abend, an dem Genosse Köster über die Jungsozialisten sprach, eine konkretere Herausstellung von bestimmten Forderungen, den Abriß einer bestimmten Fortentwicklung auch hier erwartete, mußte entfallen werden.

Jugend, der sich in der Spannung von idealer Forderung und politischer Notwendigkeit aufatet: weltanschauliche Weite, aber Eintreten für konfessionelle Lehrakademie, gemeinsame Lösung der Schulfrage durch alle Volksschichten, wenn auch bisher die Regierungsparteien daran scheiterten.

Herr Kleibömer aber wird es uns nicht bezargen, wenn wir hier mehr polemisch als akademisch diskutierten.

Zwölfter Männerkursus in Tinz.

Die Heimvolkshochschule Tinz ladet zur Teilnahme an ihrem zwölften Männerkursus ein. Die Lehrfächer, die in diesem Kursus im Vordergrund stehen, sind Wirtschaftslehre, Geschichte, Psychologie und Kulturlehre.

Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Wettwaise ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus für Thüringer 125 Mark, für die übrigen Reichsbewohner 150 Mark, für Ausländer 200 Mark.

Der Kursus beginnt am 1. August 1928 und dauert bis Weihnachten 1928. Die Bewerbungen sind spätestens bis Ende März einzureichen.

Katholische Jugend und Politik.

Als Abschluß einer Vortragsreihe über „Jugend und Politik“, in der bisher Vertreter der Jungdemokraten und Jungsozialisten zu Wort kamen, sprach am Sonntag in einer Veranstaltung des Bundes republikanischer Akademiker der Reichstagsabgeordnete des Zentrum Dr. Krone über „Katholische Jugend und Politik“.

Ein neuer Riesenlohnkampf in Aussicht.

Das mal bei der Reichsbahn. In dem Augenblick, da die Berliner Metallindustriellen daran gehen, im Laufe der nächsten Tage 60 000 bis 90 000 Metallarbeiter auszusperren, droht die Reichsbahn die Eisenbahnerorganisationen. Nach dem Ausgange der Verhandlungen, die am Sonnabend im Anschluß an die Kündigung des Lohnvertrages zwischen der Reichsbahnverwaltung und den Tarifvertragsparteien auf Arbeitnehmersseite stattgefunden haben, ist der Kampf bei der Reichsbahn unvermeidlich.

Bei den Verhandlungen am Sonnabend hat der Vorsitzende Einheitsverbandes Schöffel folgende Lohnforderungen unterbreitet: 1. Erhöhung des Lohnes um 10 Pf. pro Stunde für alle über 24 Jahre alten Arbeiter, 2. Einführung der durchgehenden Lohnung für alle Betriebsarbeiter, 3. der Leberzuschlag für die ersten 6 Stunden in der Woche wird von 15 Pf. auf 20 Prozent erhöht; 4. das Wirtschaftsgebiet 1 wird als Wirtschaftsgebiet 2 aufgenommen und Teile des Wirtschaftsgebietes 2 werden dem Wirtschaftsgebiet 3 zugezählt. Schöffel begründete kurz diese Forderungen, denen sich die Vertreter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner und des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes angeschlossen. Diese traten dann noch für die Einführung der Dienstalterszulage bzw. Dienstaltersprämie ein. Die Vertreter des Einheitsverbandes hatten aus tatsächlichen Gründen es abgelehnt, sich für diese Forderungen einzusetzen.

Die Vertreter der Verwaltung nahmen kurz unter sich zu den Lohnforderungen der Organisationen Stellung. Hierfür erklärte der stellvertretende Generaldirektor Dr. Weizsäcker lakonisch, die vorgelegenen Forderungen stellen keine Verhandlungsbasis dar, die Verwaltung könne kein Angebot machen und die Verhandlungen wären damit erloschen. Die Vertreter der Verwaltung empfahlen dann den Organisationsvertretern, den Schlichter anzurufen.

Gegenüber diesem geradezu unqualifizierbaren Verhalten der Reichsbahnverwaltung erklärte der Vorsitzende des Einheitsverbandes, daß eine solche Einstellung der Hauptverwaltung unverantwortlich sei. Die Folgen, die sich daraus ergeben, seien schon heute zu erkennen. Es sei tatsächlich bisher noch nicht abgesehen, daß man der Arbeiterschaft auf ihre berechtigten Forderungen eine so ablehnende Antwort gegeben habe. Der Einheitsverband sei unter diesen Umständen keinen Augenblick im Zweifel, was jetzt zu geschehen habe.

Dieser Ausgang der Verhandlungen über die Lohnfrage bei der Reichsbahn spricht Lände. Die Reichsbahnverwaltung provoziert eine riesigen Eisenbahnerkampf, dessen Folgen nicht zu übersehen sind. Sie will diesen Kampf. Sie will nicht verhandeln. Sie will böses Wetter. Daher die Anweisung an ihre Vertreter, in der Lohnfrage den Organisationen sofort die kalte Schulter zu zeigen.

Die Schwärmer des Unternehmertums haben überall und in auch bei der Reichsbahn ihre Hand im Spiel. Sie sind drauf und dran, die Frühjahrslohnbewegung zu einem Lokutur zu machen. Wohlant denn, wenn es nicht anders sein soll! Eisenbahner, aufgepaßt! Sturm in Sicht!

Der Antrag der Reichsbahnverwaltung auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens zur Beilegung des Lohn-

konflikts in der Reichsbahn ist, wie wir erfahren, bereits am Sonnabend an das Reichsarbeitsministerium abgegangen. Die Reichsbahnverwaltung arbeitet wirklich eifrig. Der Antrag an das Reichsarbeitsministerium war allem Anschein nach schon fertig, bevor die Verhandlungen am Sonnabend begonnen hatten. Man sieht, daß es der Reichsbahnverwaltung von vornherein um eine Verständigung mit den Organisationen in der Lohnfrage gar nicht zu tun war.

Schlichtungsverhandlungen können nach den Bestimmungen erst dann stattfinden, wenn Parteiverhandlungen vorangegangen sind. Kann man die Aussprache vom Sonnabend Parteiverhandlung nennen? Unmöglich.

Was will die Reichsbahnverwaltung? Ihre Taktik geht ganz augenscheinlich dahin, die ganze Verantwortung für den Ausgang des Lohnkonflikts auf das Reichsarbeitsministerium abzuwälzen. Diefelbe Reichsbahnverwaltung, die im vorigen Jahr sich mit Händen und Füßen dagegen wehrte, das Reichsarbeitsministerium als Schlichter anzuerkennen, versteckt sich heute hinter dem Reichsarbeitsministerium und drückt sich von der Verantwortung. Der Schlichter wird in eine höchst peinliche Situation gebracht. Die Reichsbahnverwaltung erklärt, sie könne über die Lohnforderungen gar nicht diskutieren, weil diese abnorm hoch seien. Auf diese Weise will man den Schlichter unter Druck setzen. Dieser soll es nicht wagen, mehr als ein paar Bettelpennige anzubieten; denn wenn schon die Reichsbahn selbst keinen Pfennig anbietet, dann ist dem Schlichter von vornherein ein Bremskloß ans Bein gehängt. Würde die Reichsbahn in Parteiverhandlungen selbst ein paar Pfennige anbieten, dann bestünde ja die Gefahr, daß der Schlichter noch über dieses Lohnangebot hinausgeht.

Die berufenen Schlichtungsstellen sollten sich für die ihnen von der Reichsbahnverwaltung zugebotene wenig beneidenswerte Rolle bedanken. Zunächst sollte sich die Reichsbahnverwaltung einmal bequemen, mit den Organisationen ernsthaft zu verhandeln. Wenn die Eisenbahner 10 Pf. gefordert haben, so ist das für die Verwaltung kein Grund, sofort zu erklären, Parteiverhandlungen seien zwecklos. Es sind in anderen Fällen schon höhere Lohnforderungen gestellt worden und es ist doch zwischen den Parteien verhandelt worden. Was andere Unternehmer können, das muß auch die Reichsbahnverwaltung können, wenn ihr auch das Verhandeln sehr unangenehm ist. Man weiß ja von der Besoldungsregelung her, daß die Reichsbahnverwaltung in Besoldungs- und Lohnfragen am liebsten diktiert. Nach dem Besoldungsdiktat möchte sie jetzt auch durch einen Machtspruch des von ihr unter Druck gesetzten Schlichters ein Lohndiktat herbeiführen. Den üblen Angewohnheiten der Reichsbahnverwaltung sollte das Reichsarbeitsministerium keinen Vorstoß leisten.

Arbeiterchaft vorgegangen wird. Ein neuer Lohnabbau soll wieder die notwendigen Gewinne bringen.

Für die in der Industrie Beschäftigten bleibt Not und Sorge um die Existenz. In vielen Betrieben bisher Kurzarbeit und Stilllegung mit all ihren wirtschaftlichen Auswirkungen, nach Beendigung Lohnabbau! Die Antinomie von Lohnverschlechterung wird so aufreizender, weil seitens der Arbeitgeber auf dem Wege von Konventionen die Verkaufspreise möglichst hoch gehalten werden.

Die Glasarbeiter wollen, warum es geht. Für sie kommt nicht ein Abbau, sondern ein erheblicher Aufbau in Frage, ganz besonders für die Glaser Arbeiter, die noch immer erheblich hinter den Lohnverhältnissen anderer Bezirke zurückliegt. Die Lebensbedingungen sind aber nicht günstiger, sondern mindestens ebenso teuer, und vermögen sie nicht einzupreisen, daß sie ihre Arbeitskraft billiger verkaufen sollen. Das Barometer steht auf Kampf, möge die kommende Zeit eine einige und geschlossene Arbeiterschaft finden.

Zum Lohnstreit in der schlesischen Landwirtschaft. Der Reichsarbeitsminister hat das Wort.

Die Verhandlungen, die vor einigen Tagen wegen des Lohnstreites in der schlesischen Landwirtschaft im Reichsarbeitsministerium stattgefunden haben, sind bekanntlich gescheitert. Damit hat jetzt der Reichsarbeitsminister das Wort. Er hat zu entscheiden, ob dem Antrag der Arbeitgeber Rechnung getragen und der Holzpfeenniganspruch für verbindlich erklärt werden soll, oder ob es nicht rationeller erscheint, die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches abzulehnen. Die Vertreter der Arbeitnehmersorganisationen haben bereits unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß nur die Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung in Frage kommen kann.

Der unmittelbare Schiedsspruch bringt wie gesagt eine Lohn-erhöhung von einem halben Pfennig pro Stunde. Diese Erhöhung soll für die Ackerbau- und Lohnarbeiter in Frage kommen und ab 1. Juli 1928 gelten. Auf den schuldigen Arbeitstag umgerechnet, ergibt das eine Lohnenerhöhung von 3 Pf. und auf die achtstündige Arbeitswoche umgerechnet, eine solche von ganzen 24 Pf.

Es dürfte auch für den Reichsarbeitsminister nicht viel dazu gehören, zu erkennen, daß der Schiedsspruch das unerhörteste und lächerlichste ist, was das staatliche Schlichtungsverfahren in letzter Zeit hervorgebracht hat. Den Schiedsspruch zu einer bindenden Regelung zu machen, würde bedeuten, das Ansehen des staatlichen Schlichtungswesens vollkommen aufs Spiel zu setzen. Jeder Landarbeiter müßte dann fortan der Meinung sein, daß diese Einrichtung kein regulierender und ausgleichender Faktor, sondern lediglich ein Mittel ist, mit dem die reaktionäre Lohnpolitik der landwirtschaftlichen Unternehmer wirksam unterdrückt werden soll. Das ist eine Folge, die sich ergeben würde. Weitere Folgen würden sein, daß die Verdrößerung der schlesischen Landarbeiter und ihre Meinung, die Arbeit in der Landwirtschaft aufzugeben, immer größere Kreise ziehen. Besonders das bei den jugendlichen Landarbeitern damit gerechnet werden, daß sie über alle Maßnahmen hinweg das landwirtschaftliche Arbeitsverhältnis fluchtartig verlassen. Welche Bedeutung die Abwanderungsneigung der schlesischen Landarbeiter hat, beweist am besten die Tatsache, daß es ihrer 60 000 sind, die in der Zeit von 1919 bis 1925 die Provinz verlassen haben.

Siehe Sie deshalb gewarnt, Herr Reichsarbeitsminister! Gehen Sie in der Frage des Lohnstreites in der schlesischen Landwirtschaft nicht den Weg, den Ihnen die landwirtschaftlichen Unternehmer vorschlagen, sondern treten Sie der aus reichlicher Überlegung geborenen Überzeugung der Arbeitnehmersorganisationen bei und lehnen Sie die beantragte Verbindlichkeitserklärung des vorliegenden Schiedsspruches ab.

65 000 Porzellan- und Steingutarbeiter in Tarifbewegung.

Der Reichstatistikerbericht für die deutsche feinkeramische Industrie, das Reichslohnabkommen und das Abkommen über die Arbeitszeit sind nun der Arbeiterschaft, die im Reichsdeutschen Bund, Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands organisiert sind, geteilt und laufen am 31. März ab.

Alle drei genannten Abkommen kamen im vergangenen Jahr nach einem vierwöchigen Kampf zustande. Die Arbeiterschaft mußte sich damals höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und eine etwas bessere Urlaubsregelung erst erkämpfen. Hierbei haben die sehr gut organisierten Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen eine straffe Disziplin bewiesen.

In der nächsten Woche schon finden Vorverhandlungen mit der Arbeitgeberseite über den Abschluß neuer Verträge statt. Die Arbeiterschaft ist auch diesmal entschlossen, sich wie im vergangenen Jahre für ihre Forderungen einzusetzen. Die Industrie war im vergangenen Jahr gut beschäftigt und der Auftragsbestand hat sich über den Jahreswechsel hinaus bis jetzt noch nicht vermindert. Dazu ist ein bester Antriebs der Geschäftslage durch die jetzt bevorstehende Leipziger Messe zu erwarten.

Unmöglichkeit Schiedsspruch für das mitteldeutsche Steinergewerbe.

Zur Beilegung des Lohnkampfes im mitteldeutschen Steinergewerbe hat der Reichsarbeitsminister auf Antrag der Arbeitgeber die beiden Parteien zu Verhandlungen nach Berlin geladen. Die Unternehmer erklärten dabei, sie seien zwar in ihrer Mehrheit gegen den Schlichter der Provinz Sachsen gefällten Schiedsspruch, die Verhandlung habe aber trotzdem den Antrag auf Verbindlichkeitserklärung gestellt, um, sofern Arbeitsaufträge hereinkommen, die Arbeiter weiterführen zu können. Den Unternehmern geht also der Schiedsspruch noch zu weit, trotzdem er mehr als einem Drittel aller Arbeitnehmer überhaupt keine Lohnzulage gibt und außerdem noch einem Teil der Arbeitnehmer eine Lohnkürzung von zwei bis drei Pfennig zumutet. Der Zentralverband der Steinarbeiter hat die Ablehnung des Unternehmerantrages gefordert, da der Schiedsspruch unter keinen Umständen tragbar sei.

Wie wird der Reichsarbeitsminister entscheiden? Er muß die Verbindlichkeitserklärung ablehnen, wenn er die Arbeitnehmer des Steinergewerbes nicht verhöhnen will.

Forderungen der französischen Bergarbeiter.

Paris, 4. März. Der nationale Ausschuss der gemeinschaftlich organisierten Bergarbeiter beschäftigte sich gestern mit der Krise in der Bergwerksindustrie. Er kam zu der Auffassung, daß sie im wesentlichen auf das Mißverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch zurückzuführen sei und forderte in einer Entschließung als vor der Regierung und Grubenbesitzern zu ergreifenden Maßnahmen: Die Modernisierung der Förderungsmittel und eine begrenzte Nationalisierung der Bergwerke, die dem Staat eine wirksame Kontrolle der Preise und eine vorübergehende finanzielle Unterstützung gewisser mit finanziellen Schwierigkeiten kämpfender Bergwerke gestatten würde. Im übrigen wurde beschlossen, den kommenden internationalen Bergarbeiterkongress auf den 28. Mai nach Rims einzuberufen.

Konferenz der freigewerkschaftlichen Beamten Schlesiens.

Am vergangenen Sonntag fand im Breslauer Gewerkschaftshaus die diesjährige Konferenz des Provinz-Ausschusses Schlesiens des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt, zu der alle schlesischen Ortsausschüsse und alle Bezirksleitungen der dem ADGB angehörenden Verbände geladen waren. Nach Eröffnung der Tagung und kurzen Begrüßungsworten der als Gäste anwesenden Vertreter befreundeter Organisationen gab Kollege Rudolph den Geschäftsbericht für das Jahr 1927.

Das zurückliegende Jahr brachte dem ADGB Schlesiens eine reiche Fülle von Arbeit durch die Besoldungsreform. War die Hauptaufgabe des Verbandes vorwiegend auf die Verbesserung der Lebenshaltung der Mitglieder gerichtet, so war man doch auch mit allen Kräften bemüht, in organisatorischer Hinsicht vorwärts zu kommen. So war es möglich, größere Kreise der Kommunalbeamten und Lehrer des Reichs ADGB zuzuführen. Ansehnliche Ortsgruppen der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten und der Gewerkschaft Deutscher Volkslehrer konnten in Breslau, Posen und Waldenburg gegründet werden. Gegenwärtig bestehen in Schlesien 23 Ortsausschüsse; in einer weiteren Anzahl von Orten sind wir durch Vertrauensleute vertreten; 200 Funktionäre sind ständig bemüht, die organisatorische und werbende Tätigkeit für den Bund zu leisten. Auch eine rege Bildungs- und Schulungsarbeit wurde trotz geringer Mittel mit gutem Erfolge durchgeführt.

Anschließend gibt Kollege Seidel den Kassenbericht, der ein erfreuliches Bild von der Finanzgebarung und Beitragsleistung des Bundes gibt. An der folgenden sehr regen und sachlich geführten Diskussion, in der die verschiedensten Wünsche und Anregungen der einzelnen Ortsgruppen zum Ausdruck kamen, beteiligten sich die Kollegen Herrmann, Krause, Gabriel, Gührmeißler, Brichla, Grothe, Mann, Spitzlarke.

Die anschließend vorgenommene Vorstandswahl ergab die Wiederwahl der bisherigen Leitung. Ein Antrag, den Beitrag für den Provinzalausschuss pro Mitglied und Monat von vier auf fünf Pfennige zu erhöhen, wurde einstimmig angenommen.

In einem weiteren Tagesordnungspunkt sprach das Bundesvorstandsmitglied Dr. Hölter-Berlin über die nächsten Aufgaben des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und machte folgende Ausführungen: Durch die Besoldungsreform, die durch die letzte Regelung durchaus noch nicht abgeschlossen ist, ergeben sich für den ADGB gute organisatorische und agitatorische Möglichkeiten. Schon gute Einflüsse hat in den Gewerkschaften der Zoll- und Finanzbeamten zu finden, auch bei den Polizeibeamten sind gute Fortschritte zu verzeichnen. In der inneren Organisation des ADGB wird in aller nächster Zukunft ein weiterer Ausbau stattfinden. Wie ist das Verhältnis der einzelnen politischen Parteien zu dem ADGB? Obgleich noch ein großer Teil der in der SPD politisch organisierten Beamten in gegnerischen Beamtenverbänden gewerkschaftlich organisiert ist, hat sich im allgemeinen das Verhältnis verbessert. Je weiter die Partei nach rechts orientiert ist, desto mehr schwinden die Sympathien für unseren Bund. Auf besoldungspolitischem Gebiet stehen trotz der letzten Regelung noch große Aufgaben bevor. Die Ausbesserungsbestimmungen der Besoldungsreform erfordern große Aufmerksamkeit unsererseits; die Frage der Nebeneinkünfte ist noch zu regeln; die Wohnungsfrage muß ebenfalls eine Sonderung

erfahren, da die gegenwärtige Wohnungsmiethöhe noch auf die Altmieten abgestellt ist; ebenso ist die Regelung der Ortsklassen, die diesmal wiederum verlagert wurde, zur Diskussion zu stellen. Es muß daran gedacht werden, die schlimmsten Mängel und Schäden, die die letzte Besoldungsreform namentlich für die unteren Gruppen gebracht, wieder auszumergen. Auch dieser Reichstag geht zu Ende, ohne daß ein Gesetz für ein neu zu bildendes Beamtenrecht verabschiedet worden ist. In der Beamtenrechts-Bewegung steht der ADGB mit seiner Forderung isoliert. Ein Unfallfürsorge- und ein Krankenfürsorgegesetz müssen trotz erheblicher Widerstände geschaffen werden. Dasselbe gilt für die Arbeitszeitregelung der Beamten, wo man noch heute jede gesetzliche Regelung vermeiden will, trotzdem namentlich bei der Reichsbahn hier unhaltbare Zustände bestehen. Die wirtschaftspolitischen Fragen werden auch in Zukunft gemeinsam mit dem ADGB und dem Abund durchgesetzt werden. In der Verwaltungsreform macht sich neuerdings auch im gegnerischen Lager eine Propaganda des Einheitsstaates bemerkbar, der gegenüber man sehr vorsichtig sein muß, handelt es sich doch auf dieser Seite vor allem darum, einen zentralistischen Staat im reaktionären Sinne zu schaffen, wie es der bisherige Finanzausgleich schon andeutete. So stehen wir vor einer Fülle von Aufgaben, vor uns liegt eine arbeitsreiche, aber auch hoffnungsvolle Zukunft.

Nach diesen beifällig aufgenommenen Ausführungen wurde unter Verschiedenes noch eine lebhaftige Debatte geführt, an der sich zahlreiche Kollegen beteiligten und die im wesentlichen sich mit dem Verhältnis des ADGB zum Deutschen Beamtenbund befaßte. Gegen 18 1/2 Uhr konnte Genosse Jellene die Arbeit gut verlaufene Konferenz schließen. Die Teilnehmer aber haben noch in den folgenden Tagen Gelegenheit, sich in einem Gewerkschaftskursus das nötige Wissen und Rüstzeug für ihre nächsten Arbeiten und Aufgaben zu holen.

Die Aussperrung bei Siemens.

Etwa 800 Arbeiter des Berliner Werks der Siemenswerke wurden ausgesperrt. Die restlichen 100 Arbeiter verrichten Rotstundearbeiten. Ferner wurden 205 Arbeiter des Werkwerkes II der Siemenswerke am Konnenbamm ausgesperrt. Hier verbleiben 21 Arbeiter in den Fabrikräumen zur Erbringung der Rotstundearbeiten. Der Metallarbeiterverband hat von weiteren Streikmaßnahmen zunächst abgesehen, außer von denen, die sich notwendig machen, um die Streikarbeit zu verhindern. Die Vertrauenskommission des Verbandes der Berliner Metallindustriellen hat in Hinblick auf die für Mittwoch angeordneten Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium beschloffen, am Donnerstag abermals zusammenzukommen, um dann auf Grund des vorliegenden Ergebnisses ihre Beschlüsse zu fassen. Dieser Beschluß ist insofern bedeutungslos, als er die streikenden Betriebe nicht bindet, einzuwirken auf weitere Entlassung von Arbeitern zu verzichten.

Lohnaufkündigungen in der Kristall-industrie des Riesens- und Glaser Gebirges.

Die seit März bzw. April vorigen Jahres bestehenden Lohnverträge in der Kristallglasindustrie des Riesens- und Glaser Gebirges sind seitens der zuständigen Arbeitnehmerorganisationen gekündigt worden. Obwohl durch die Bürgerblattpolitik eine erhebliche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Laufe des Jahres eingetreten ist, wird von den Arbeitgebern das Ansehen gestellt, daß die Arbeiterschaft weitgehenden Beschlüssen die Zustimmung geben soll. Ganz besonders sind es die Industriellen der Glaskristall-Glas, die bei den an sich schon außerordentlich niedrigen Löhnen den traurigen Mut aufbringen, der Arbeiterschaft noch erhebliche Verschlechterungen zuzumuten. Der Appetit kommt auch hier beim Essen. Von Jahr zu Jahr verbessert sich die wirtschaftliche Lage der Betriebe, während auf der anderen Seite immer unangenehmer gegen die

Heute abend, 19 1/2 Uhr:

Betriebsleiter-Schulung
im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
doch das Beste!

Die gestohlenen Altarbilder.

Der nächtliche Diebstahl der Altarbilder auf Schloss Radolzburg in Bayern hat in der gesamten Kunstwelt ungeheures Aufsehen erregt. Der intellektuelle Urheber dieses einträglichen Verbrechen, das an den sensationellen Diebstahl der Mona Lisa aus dem Pariser Louvre und den Bilderdiebstahl aus der Villa Lenbach in München erinnert, ist der aus dem deutschen und internationalen Kunstmarkt bekannte Berliner Kunsthändler Friedrich Wilhelm Lippmann, der eine Zeitlang den deutschen Kunstmarkt nahezu beherrschte. Lippmann hat sich in den Händen erbarmungsloser Erpresser befunden, denen er nach und nach riesige Summen in den Taschen werfen mußte, um sie zum Schweigen zu bringen. Nach seinem umfassenden Geständnis, in dessen Verlauf er zugab, den Gemäldediebstahl angezettelt zu haben, hat er seinen Freunden und Geschäftspartnern, dem 33jährigen Münchener Kunsthändler August Meyer und dem angehenden Kunsthistoriker Bruno Schmidt insgesamt 140 000 Mark gesopft. Die Verbindung mit diesen beiden skrupellosen Geschäftspartnern ist Lippmann zum Verhängnis geworden.

Die Altarbilder waren nicht verkäuflich. Meyer faßte deshalb den Plan, sich gewaltsam in den Besitz der unschätzbaren Kunstobjekte zu setzen. Er überredete Lippmann und Schmidt. In den Dreien reifte dann der Diebstahlsplan, der am 19. Februar mit Hilfe zweier gedungener Einbrecher, Graste und Zahn, ins Werk gesetzt und mit größter Geschwindigkeit ausgeführt wurde. Schmidt und die beiden gewerbmäßigen Verbrecher trafen sich an einem Sonntag früh in Berlin und fuhrten mit einer gemieteten vierstimmigen Limousine nach Schloss Radolzburg. Drei Tage vor dem Diebstahl hatten Schmidt und der Einbrecher Graste auf der Radolzburg die Möglichkeiten des Diebstahls in allen Einzelheiten ausgetuschelt; sie waren dabei unter dem Namen eines Direktors Dr. Schmidt und eines Redakteurs Reich aufgetreten. Während der Fahrt nach dem Tatort verließ Schmidt in Jülich seine Spießgesellen und fuhr mit dem Nachtzug nach Berlin zurück, um auf alle Fälle ein Alibi zu haben. In einem Wirtshaus wurde jedoch den Dieben ihr äußerst sorgfältig zusammengestelltes Verbrecherwerkzeug gestohlen. Man beschloß, mit dem Werkzeug des Chauffeurs zu "arbeiten". In einem Walde bei Schloss Radolzburg warteten die Verbrecher so lange, bis auch im Schloß selbst völlige Dunkelheit eingetreten war. Trotzdem die beiden inneren Burgtürme hell erleuchtet waren, gelang es ihnen, unbemerkt vier Türen aufzubrechen und in das Schloß einzudringen. In knapp 10 Minuten waren die Bilder von ihrem Platz entfernt, in eine kleine Kiste verpackt und dann in dieser von der Mauer heruntergelassen. In Berlin wurden die Bilder von Lippmann einem Bildhauer in einem westlichen Vorort Berlins anvertraut, der sie in vier Teile zerlegte. Die Bilder selbst sind übrigens nicht unerheblich beschädigt. Auf dem Christusbild und den Bildern der heiligen Barbara und der heiligen Margarete sind allen dreien heiligen die Augen ausgestoßen. Diese Beschädigungen sind aber schon sehr alt. Man führt sie auf Vorgänge während des Dreißigjährigen Krieges zurück.

Lippmann hat übrigens auch zusammen mit seinem Freunde Meyer bei den Kunstverkäufen des Herzogs von Anhalt, die vor einiger Zeit die Öffentlichkeit sehr beschäftigten, eine eigenartige Rolle gespielt. Beide standen in enger Beziehung zu dem Dessauer Hofopernregisseur Spielmeier, der gleichfalls bei den anrüchlichen Kunstverkäufen des Herzogs von Anhalt seine Hand im Spiel gehabt hat. Der verhaftete Meyer ist auch derjenige, der gemeinsam mit dem Bevollmächtigten des Prinzen Eugen von Anhalt eine wertvolle Perlenkette aus dem herzoglich-anhaltischen Besitz verkaufte, um eine große Provision hinter dem Rücken seiner Auftraggeber einzustechen. Die Polizei sucht zurzeit nach dem Geldgeber, der den raffinierten Diebstahl finanziert hat. Die gestohlenen Bilder sind inzwischen nach der Radolzburg zurückgebracht worden.

Der wegen Gemäldediebstahl aus der Radolzburg verhaftete Kunsthändler Lippmann ist Montag nachmittag von Beamten der Berliner Kriminalpolizei nach Jülich gebracht worden, um dort dem zuständigen Amtsrichter vorgeführt zu werden. Er wird dort auch dem in München verhafteten Kunsthändler August Meyer gegenübergestellt werden.

Ein Wohnhaus in die Luft geflogen.

In Dzialoszyn an der deutsch-polnischen Grenze hat eine furchtbare Explosionskatastrophe 5 Tote und 14 Schwerverletzte gefordert. In der Wohnung eines gewissen Kleber, der sich gewerbmäßig mit Kokain- und Scharlachmittel beschäftigte, hatten ein polnischer Polizeiposten, sowie zwei Beamte der Finanzwache eine Hausdurchsuchung abgehalten. Als einer der Beamten im Keller des Hauses ein Streichholz anzündete, erfolgte eine furchtbare Explosion. Das ganze Haus flog in die Luft, und aus dem Keller schlugen hohe Flammen; gleichzeitig entzündete sich harter Meißerquarz. In wenigen Augenblicken war das ganze Haus bis auf die Mauern niedergebrannt. Aus den Trümmern ertönten Hilferufe der Verhütteten. Verbleibende Personen, die Hilfe bringen wollten, erlitten schwere Brandwunden. Das Unglück wurde dadurch noch größer, daß im Keller einige Leuchtgaslampen explodierten. Die drei Kinder des Wohnungsinhabers Kleber, ein Polizeiposten und ein Finanzkontrolleur waren auf der Stelle tot. Kleber selbst, seine Frau, vier Beamte und acht weitere Personen wurden schwer verletzt.

Revolverattentat auf den Vater.

In der Nacht zum Montag versuchte der 20-jährige Schneidergeselle Hans Banke, der bei seinen Eltern in Berlin-Steglitz wohnt, den eigenen Vater zu erschlagen. Der junge Mann war am Nachmittag mit seinen Eltern ausgegangen. Die Eltern gingen dann ins Kino, während der Sohn ein Restaurant aufsuchte. Als dort alle drei wieder getroffen hatten, merkte der Vater, daß sein Sohn etwas zu viel getrunken hatte. In aller Güte machte er ihm Vorhaltungen und riet ihm, sich mehr in Acht zu nehmen. Statt einer Antwort lief der junge Mann nach Hause, erbrach ein Spind, in dem der Vater seinen Revolver verstaubt hatte. Er nahm diesen an sich und lauerte in der Schenkelstraße seinen Vater auf. Kaum war dieser auf 15 Meter herangekommen, so gab der Sohn 6 Schüsse auf ihn ab, die jedoch fehl gingen. Der Vater soll auf seinen Gesundheitszustand untersucht werden; er war schon früher wegen schlagartiger Herzkrankheit in einer Anstalt untergebracht, jedoch als Geheilte entlassen worden.

Ehetragödie.

In der Nacht zum Sonntag erschoss in Eisen die 33-jährige Ehefrau Koczka gegen 4 Uhr morgens ihren im Bett liegenden 33-jährigen Mann mit einem Revolver. Die Täterin hatte schon am Tage vorher die Schusswaffe ausprobiert, wobei sich ein Schuß verheerend löste, der in eine Tür einbrach. Das Motiv zur Tat liegt in den völlig zerrütteten Familienverhältnissen. Nach der Tat begab sich Frau Koczka in die Wohnung ihrer Eltern, wo sie bald darauf verhaftet wurde. Sie hat ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Von der Leipziger Frühjahrsmesse.



Laufstape für Lasten- und Personenbetriebe.

Ein Elefant erbt seinen Pfleger.

Im Zoologischen Garten in Basel wollte ein junger Pfleger einem Elefanten ein Stück Brot reichen. Das Tier packte plötzlich den Kopf des Mannes mit seinem Rüssel und drückte ihn gegen die Gitterstäbe. Der Wärter war sofort tot. Derselbe Elefant hat vor einigen Jahren schon einmal seinen Wärter getötet.

Fabrikbrand in Tepfik.

Am Sonnabend brach in der Blechwarenfabrik Hahn & Co. in Tepfik-Schönau ein Brand aus, der bis Sonntag 1 Uhr nachmittags andauerte und dem die ganze Fabrik zum Opfer fiel. Es blieben bloß die leeren Mauern stehen. An der Löschung des Brandes nahmen Feuerwehren aus der ganzen Umgebung teil. Der durch das Feuer verursachte Sachschaden ist groß. Durch den Brand sind die in der Fabrik beschäftigten Arbeiter, etwa 300, brotlos geworden.

Großfeuer in Nieps bei Carlom.

Durch ein Großfeuer wurden Sonnabend nachmittag im Dorfe Nieps bei Carlom sechs Wohnhäuser und Wirtschaftsgebäude vernichtet. Bis auf eine Kuh und zwei Pferde konnte sämtliches Vieh gerettet werden. Landwirtschaftliche Maschinen, beträchtliche Ernteverräte und das häusliche Mobiliar von drei Familien wurden fast restlos ein Raub der Flammen. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch unbekannt.

Raubmordanfrage gegen Kiebach.

Die Voruntersuchung gegen Horst Kiebach, der in der Weihnachtswache im Berliner Stadtbahnzug zwischen Friedrichshagen und Gröner die Schlächtermeisterstochter Dora Riese ermordet hat, ist abgeschlossen. Kiebach ist im Untersuchungsgefängnis auf seinen Geisteszustand untersucht worden. Das Gutachten geht dahin, daß der jugendliche Verbrecher für seine Tat voll verantwortlich ist. Gegen Kiebach wird Anklage wegen Raubmordes erhoben werden.

Schweres Baumglück in Düsseldorf.

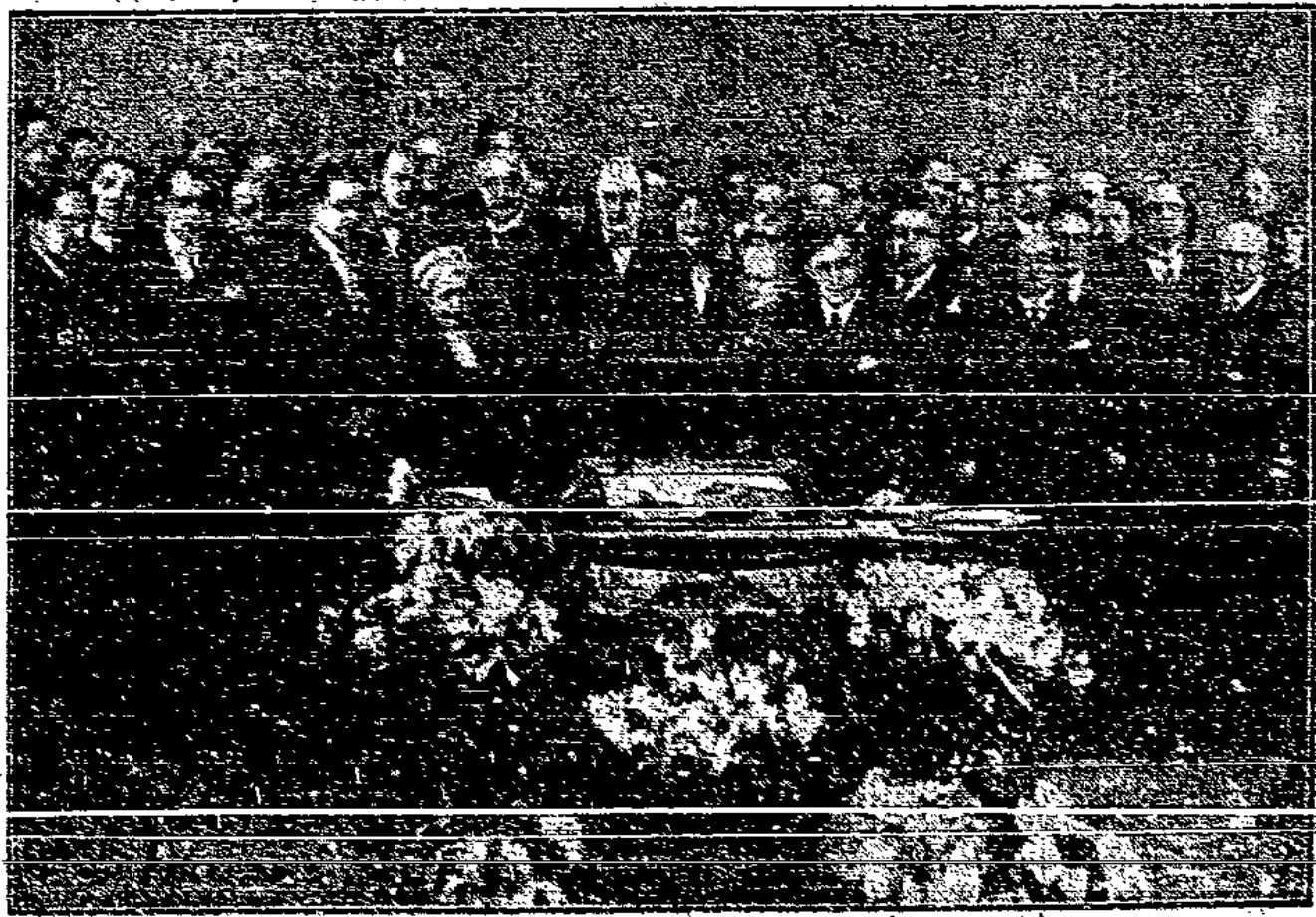
Beim Abbruch eines Hauses in der Kavalleriestraße in Düsseldorf stürzten infolge Nachgebens der Eisenträger mehrere Außenwände vorzeitig ein. Sechs Arbeiter, die unmittelbar an der Unglücksstelle beschäftigt waren, wurden mit in die Tiefe gerissen. Ein Arbeiter war unter den Mauertrümmern und dem Eisengewirr derart eingeklemmt, daß er erst nach halbtägiger Arbeit mit Schneidapparaten befreit werden konnte. Er starb auf dem Wege ins Krankenhaus. Zwei andere Arbeiter wurden leicht verletzt.

Ein eigenartiger Zirkus-Unfall.

ereignete sich in dem zur Zeit in Stützgart gastierenden Zirkus Schneider. Der Flieger Wilkalls läßt sich allabendlich aus einer riesigen Kanone herauschießen und landete bisher stets wohlbehalten in dem an der Decke aufgespannten Netz. Bei der Sonntag-Abendvorstellung blieb er jedoch ewig in dem Netz liegen und konnte erst durch Sanitätsmannschaften mit Hilfe eines Hubschraubers geborgen werden. Die etwa 4000 anwesenden Zuschauer gerieten durch den Vorfall in große Erregung. Der Unfall kam erst nach einigen Stunden wieder zum Bewußtsein. Es scheint, daß der Druck der Preßluft und die Pulvergase die Gehör- und Herzstätigkeit bei dem fliegenden Menschen unterbrochen hatten.

Zehners 50. Geburtstag.

Leopold Zehner (in der Mitte), der Intendant des Staatlichen Schauspielhauses zu Berlin, feierte im Kreise seiner Freunde seinen 50. Geburtstag.



Tödlicher Betriebsunfall in einer Eisenhütte.

Auf der Friedrich-Wilhelmhütte in Mülheim an der Ruhr stürzte ein Behälter mit flüssiger Eisenmasse um. Zwei Arbeiter wurden getötet, ein dritter schwer in Lebensgefahr.

Ein schwerer Motorrad-Unfall.

bei dem zwei Fahrer getötet wurden, ereignete sich auf der Landstraße Hamburg-Kiel bei Bramstedt. Eine Radfahrerin fuhr unbedacht dem in langsamem Tempo fahrenden Motorrad entgegen. Beim Ausweichen geriet das Motorrad gegen einen Baum und wurde völlig zertrümmert. Der Motorradfahrer brach sich das Genick, der Führer erlag einige Minuten später einem schweren Schädelbruch.

Vom Vater erstochen.

In Schopfheim hat der Elektrotechniker Zitra seine beiden Söhne im Alter von 18 und 22 Jahren im Verlauf eines Streites niedergestochen. Der eine der beiden jungen Leute brach sofort tödlich getroffen, zusammen, der andere erlag kurze Zeit nach seiner Einlieferung ins Spital seinen schweren Verletzungen. Angeblich sollen die beiden Söhne den Vater, als er gegen 3 Uhr morgens wieder betrunken nach Hause kam, mit Prügel bedroht haben. In seiner Wut griff er zum Messer und stach blindlings um sich.

Ein Auto abgestürzt.

Wie aus Rempten im Allgäu gemeldet wird, stürzte eine große Limousine, die einer Münchener Fabrik gehörte, am hellen Morgen Bahnhof Segge bei Rempten 12 Meter tief ab. Der Wagen wurde vollständig zertrümmert aufgefunden. Von dem Autolenker und den Insassen fehlt jede Spur. Am Ort des Unfalles wurde indessen neben einem Damenschuhkasten auch noch andere Gegenstände gefunden. Auch zahlreiche Blutspuren waren vorhanden. Die Staatsanwaltschaft hat polizeiliche Erhebungen angeordnet.

Tödlicher Autounfall eines Großindustriellen.

Das Auto des Präsidenten der europäischen Roststahlgemeinschaft, Manrich, erlitt auf der Fahrt nach Paris, wo er an einer Sitzung des Roststahlkartells teilnehmen wollte, bei Chalons-sur-Marne eine Reifenpanne. Das umschlagende Auto tötete den Präsidenten und verletzte seinen Chauffeur und seinen Diener schwer.

Ein Dach unter der Last der Baumgäste zusammengedrückt.

In Budapest stürzten im Stadion etwa 150 junge Leute, um den Fußballkämpfen besser folgen zu können, auf ein Dach. Das Dach stürzte ein und etwa 50 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Ein Fall Krang in Nizza.

Aus Nizza wird ein französisches Gegenstück zum Fall Krang gemeldet, bei dem es allerdings nicht bis zum Mord gekommen ist. Ein fünfzehnjähriges Mädchen stahl seinen Eltern die Summe von 100 000 Franken. Den größten Teil des Geldes schickte es sofort seinem Freunde, einem sechzehnjährigen Gymnasialisten, der in einem Internat in Nizza untergebracht war. Das Mädchen hatte die Absicht, mit dem Gelde eine Bergausflugstour nach Deauville zu unternehmen, um sich dort, fern von Eltern und Lehrern, endlich einmal auszuleben.

Schwere Influenzaepidemie in Tokio.

In Tokio herrscht augenblicklich eine schwere Influenzaepidemie. Die Zahl der Todesfälle ist auf 58 täglich gestiegen. Der Kaiser liegt krank, seine Tochter, Prinzessin Hisa, zeigt ernste Symptome einer Blutvergiftung.

Amokläufer.

In Batavia tötete ein Amokläufer in der Besichtigung Molenvliet einen Eingeborenen, während 28 andere Eingeborene von ihm zum Teil schwer verletzt wurden. Der Täter, der schließlich überwältigt wurde, und von der erregten Bevölkerung beinahe gelyncht worden wäre, wurde mit einer Nervenerkütterung im Hospital aufgenommen.

Mit 5 Insassen abgestürzt.

In St. Diego in Kalifornien stürzte ein Flugzeug über dem nördlichen Teile der Stadt ab. Sämtliche 5 Insassen, darunter der Erbauer des Flugzeuges, waren auf der Stelle tot. Das Flugzeug wollte in der Luft einem anderen Passagierflugzeug ausweichen, überschlug sich und wurde völlig zertrümmert.

Standal bei einem Berühmtenvortrag.

In Wien kam es während eines Lichtbildervortrages, den die Pariser Ärztin Dr. Suzanne Koel über kosmetische Operationen hielt, zu einem lebhaften Standal. Die Vortragende hatte bei ihren Ausführungen eine Ueberblichkeit über die zahlreichen Möglichkeiten der Berühmten und Berühmten an Hand von Lichtbildern demonstriert. Im Anschluß an den Vortrag kam es zu einem lebhaften Meinungsaustrich zwischen der Rednerin und den Zuhörerinnen. Der Primarius des Rudolfiner Hauses unterbrach plötzlich den Stand und richtete gegen die französische Ärztin die Beschuldigung, ihr Vortrag sei ein standeswidriges auf Patientenjahre berechnetes Reklame-Unternehmen. Ein Vertreter der Veranstalterin des Vortrages, der "World University", protestierte gegen diese Angriffe und kündigte an, daß die Vortragende gegen den Primarius eine Ehrenbeleidigungsklage einreichen werde. Der Primarius mußte schließlich das Feld räumen, da das Damenpublikum inzwischen lebhaft für die französische Ärztin Partei genommen hatte.

Wilhelm Sobenzollern jr. verkauft, verkauft nicht — verkauft doch.

Allmähliche Auflösung des „Kronlehen“ Dels — Eine Meldung, ein Dementi und was wirklich dran ist.

Im Montag wurden in der gesamten deutschen Presse Gerüchte von einem mehr oder minder umfassenden Verkauf der Güter des ehemaligen Kronprinzen und Manschettentrapisten Wilhelms von Sobenzollern jr. in und um Dels wiedergegeben, die im wesentlichen auf eine Meldung des linksstehenden bürgerlichen Montagblattes „Montag-Morgen“ zurückgingen.

Der „Montag-Morgen“ berichtet u. a.:

In verschiedenen mittelschlesischen Provinzialblättern erschienen schon vor einiger Zeit Inserate, in denen die Güterverwaltung des Kronlehen Dels „kapitalkräftige Käufer“ mit Vermögen von mindestens 300 000 Mark zur Übernahme von Dels Grundbesitz suchte. Als sich auf diese Inserate hin verschiedene gemeinnützige Verbände, vor allem auch bürgerliche Genossenschaften, meldeten, wurde das Angebot plötzlich zurückgezogen oder doch wenigstens durch zu hohe Forderungen unmöglich gemacht.

Jetzt hat in aller Stille der erste größere Verkauf stattgefunden. Drei von den insgesamt neun Gütern des Dels Kronlehen sind an den Großgrundbesitzer Baron v. Schöenlitz übereignet worden. Es handelt sich dabei um zirka 1000 Morgen Ackerland, wobei für den Morgen 350 Mark gezahlt wurde. (Ein sehr niedriger Preis. Red. der Volkswacht.) Dieser Verkauf ist aber nur der Anfang zur

völligen Zerstückelung und Liquidierung

des gesamten Grundbesitzes. Von den insgesamt 26 000 Morgen des Dels Lehen soll das gesamte Ackerland verkauft werden, so daß nur etwa 10 000 Morgen Wald, die der Kronprinz zur Jagd und zum Holzverkauf benötigt, übrig bleiben. Außerdem will er das Schloß selber und das diesem angegliederte kleinste Gut Ludwigsdorf zur Selbstverwaltung mit Gärten, Bäumen und anderen landwirtschaftlichen Annehmlichkeiten zurückbehalten. Es ist in Schlesien ein offenes Geheimnis, daß der Dels Besitz, teils infolge der allgemeinen Agrarkrise, teils infolge der Geldansprüche der kronprinzlichen Familie, heute ein

Defizitunternehmen

geworden ist. Breslauer Firmen zum Beispiel, die der Dels Güterverwaltung das Getreide abkaufen und dafür Düngemittel liefern, können ein Vieh von prolagierten Weizen und Weizenmehl kaufen. Auch wurde auf Dels ausgeprobene Gletschermilch getrieben, wie übrigens fast allgemein beim schlesischen Großgrundbesitz. So wurde u. a. das Vieh zur Fütterung in den Wald getrieben, Futtermittel oder Düngemittel fast gar nicht gekauft. Holz wurde ziemlich rückwärts losgeschleppt und es heißt allgemein, daß eine bekannte große Holzhandlung in Bautzen jetzt den Auftrag bekommen hat, einige 10 000 Kubikmeter Holz aus den Dels Wäldungen herauszuschleppen. Aus all diesen Gründen ist das Kronlehen Dels, das neben Glatz-Krojanke zu den wertvollsten und ertragreichsten Besitztümern der preussischen Krone gehörte, heute heruntergewirtschaftet und ein Zukunftsunternehmen geworden.

Der Kronprinz beschäftigt, die aus dem Verkauf sich ergebenden Gelder in Höhe von 5 Millionen in der

Industrie für und zu 16 Prozent anzulegen.

Er hat bereits durch die Vermittlung eines bekannten Berliner Finanzmannes, der auch seinen Vater beraten hat, einen größeren Börsen Aktien gekauft, und gedankt wahrscheinlich, auch den übrigen Erbes der Dels Güter in dieser Weise anzulegen. Er wartet mit dem Verkauf ab, solange noch so lange, bis die Umgehbarkeit über den von ihm beantragten

Staatskredit

gefallen ist. Er kann nämlich damit rechnen, daß von den 250 neuen Subventionen für die Landwirtschaft auch auf seine großen Besitzungen ein entsprechender Teil zur Ausbesserung gelangen wird. Das würde natürlich den Wert des Dels Lehen bedeutend steigern und damit auch den Verkaufspreis.

Eine völlige Blattnot.

Der Leiter, Jüngling der Friedrichs „Spartakus“.

Am Sonntag nachmittags wurde der Arbeiter Wolf aus Ruppertsdorf bei Strehlen von dem als völligen Kolling bekannten „Waldarbeiter“ Weiß aus Karich auf 400 Meter Entfernung von hinten angegriffen und durch einen Oberkehlenschießschieß schwer verletzt. Ein Augenzeuger gibt uns dazu folgende Darstellung:

Wolf befand sich in Gesellschaft zweier Kollegen auf dem Heimweg nach Ruppertsdorf. 150 Meter von der Ruppertsdorfer Oberkehlenschieß entfernt, wurden die drei durch zwei festgehende Schreie von hinten angegriffen. Hierauf Deckung nehmend, bemerkten sie, wie Weiß aus dem Walde heranstreife und vier Revolvere in der Gruppe absehere, wozu der eine der Arbeiter Wolf in den Oberkehlenschieß trat. Der Wälder befand sich bei Abzug der Schiffe zirka 400 Meter von dem Wiederkehrenden entfernt. Wolf, der Familienvater ist, wurde von seinen Kollegen wiederholt verbunden, nach seiner Wohnung transportiert, wo sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Strafungsorgane bei dem schuldigen Landjäger wurde erwartet.

Die Schöne der Sponberger Blattnot.

Bei dem Dels Schwanenricht kam am Sonntagabend der Kommissar der Sponberger Polizei August Kapke aus Sponberg zur Verhandlung. Er war angeklagt, im Dezember 1927 den 17jährigen Herbert Esz, den er angeblich für einen Blattnot geachtet habe, vorsätzlich angegriffen und bedroht, daß er den Verwandten vier Stunden lang sagen ließ, daß er zu verurteilen, keine Erklärung mit anschließendem Tod verurteilt zu haben. Die Zeugenaussagen ergaben, daß der Täter ein früherer Kolch gewesen und niemals im Besitz einer Waffe gewesen sei, dagegen von dem Angeklagten bekannt war, daß er mit dem Wälder leicht bei der Hand war. Der Schwanenricht verurteilte A. unter Zuhilfenahme mehrerer Kollegen wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todesdrohung zu einem Jahre Gefängnis.

Königlich Preussisches Kronlehen Dels.

Königlich Preussisches Kronlehen Dels. Die Versteigerung gegen einen Preis von 300 000 Mark gegen die Versteigerung der Kronlehen Dels. Die Versteigerung wurde am 2. März 1928 in der Dels Lehen Dels. Die Versteigerung wurde am 2. März 1928 in der Dels Lehen Dels.

Die Versteigerung wurde am 2. März 1928 in der Dels Lehen Dels. Die Versteigerung wurde am 2. März 1928 in der Dels Lehen Dels.

Hierzu teilte uns nun gestern abend die Güterverwaltung des Kronlehen Dels auf Anfrage folgendes mit:

„Alle diese Angaben sind frei erfunden und völlig irreführend. Von einem Verkauf in Dels ist nicht die Rede und nie die Rede gewesen. (?) — Es ist jetzt nur ein Gut von 1800 Morgen auf Anfordern des Landlieferungsverbandes an eine gemeinnützige Gesellschaft verkauft worden. Wegen des Verkaufes eines zweiten Gutes in Größe von 1600 Morgen an die bisherige langjährige Pächterin, um ihr zu helfen (!?), sind Verhandlungen im Gange. Der Gesamtbesitz soll erhalten werden. Es ist unwahr, daß Kaufangebote gemeinnütziger Verbände, vor allen Dingen bürgerlicher und wirtschaftlicher, abgelehnt oder zum Scheitern gebracht wurden.“

In den letzten Jahren sind vielmehr 400 Morgen Land an Bauern, Bürger und kleine Siedler verkauft bzw. abgegeben worden. Dazu kommt jetzt das vorher angeführte Gut für gemeinnützige Zwecke. Die Landwirtschaft wird nicht extensiv, sondern sehr intensiv geführt und es sind erhebliche Mittel für Meliorationen aufgewendet worden. Richtig ist lediglich, daß die Wirtschaftsbetriebe bei der Not der Landwirtschaft ebenso wie alle anderen Grundbesitzer, Verluste erlitten haben. Der Wald wird nach dem von den Wirtschaftsbetrieben genehmigten Plan ordnungsgemäß bewirtschaftet. Ein Staatskredit ist weder beantragt, noch steht er in Aussicht.

Dieses Dementi, das eigentlich keines ist, können wir ziemlich eingehend ergänzen. Wie die hohe Verwaltung des „Kronlehen“ (merkwürdige Sache das in einer Republik —) selbst schon beklagen vermerkt, ist zwar von einem Verkauf nicht die Rede, aber doch schon ein Verkauf vollzogen und ein anderer geplant. Diese Darstellung ist nicht ganz vollständig und wir gestatten uns daher, auf Grund sehr eingehender und zuverlässiger Informationen folgendes „nachzutragen“:

Zunächst liegen die Dinge so, das die Dörfer Klein- und Groß-Silgath umfassende Gut von 1000 Morgen an die schlesische Landgesellschaft abgegeben wurde. Außerdem plant man aber auch den

Verkauf des Gutes Wielgath

sowie anderer größerer Besitzungen. So sollen nach unseren durch- aus zuverlässigen Informationen Kaufvertragsverhandlungen mit dem bisherigen Pächter der Güter Carlsburg und Döberze, Rittermeister Krenner, abgeschlossen, die höchstwahrscheinlich schon bald zu einem Abschluß führen dürften. Weiterhin ist auch beabsichtigt, die sogenannte

Administration Berafsch

die einen weitverzweigten Komplex von Gütern (Vogelsgang, Borsdorf Berafsch und Neuburg) und Waldbezirken (Weihenlee, Borsdorf und Borsdorf) umfassen, zu verpachten oder zu verkaufen. Dieser Komplex wurde außerdem auch in der deutsch-nationalen „Schlesischen Zeitung“ ausgeteilt.

Die Veranlassung für die Verkäufe sind u. B. im wesentlichen in der mangelnden Zuverlässigkeit der Einzelverwaltungen begründet, auf die die Hauptverwaltung sogar schon von uns nachstehender Seite hingewiesen wurde.

Ein schwarzer Sonnabend. Im Verlauf des Sonnabends spielten sich in Dels zwei Unglücksfälle ab, die beide einen folgenschweren, tragischen Ausgang nahmen. Am Sonntagabend vormittags wurde das Schicksal des Eisenbahnarbeiters Walter von dem Personentrainwagen des Dr. Koderburg-Dels erlitten und überfahren. Der Wagenleiter nahm sich des Kindes sofort an und brachte es nach dem städtischen Krankenhaus, wo ein schwerer innerer Schadelbruch festgestellt worden ist. Das zweite Unglück ereignete sich nachmittags. Auf dem Bürgerweg Borsdorfer Straße liefen einige Kinder herum, als der Güterpächter aus Borsdorf mit seinem Wagen in Richtung Borsdorf in beträchtlichem Tempo herankam. In der Borsdorfer Straße verlor der Führer des Wagens die Herrschaft über das Steuerrad und raste auf den Bürgerweg, wobei eine Frau Katz und Frau Jannich mit ihrem kleinen Tochterchen an die Mauerwand geschleudert wurden. Vor einem Lampenpfahl lenkte der Führer den Wagen plötzlich wieder nach der Straße und überfuhr dabei das fünf Jahre alte Schicksal des früheren Kreisleiters des Deutschen Arbeiterverbandes, Kalline. Mit fünfjähriger schwerer Kopfverletzung blieb das Kind liegen. Das Reges lösende Arbeiter brachten es in die Wohnung des Ehepaars Weiß, des herbeigerufenen Sanitäters des Kind mittels Krankenwagen nach dem städtischen Krankenhaus brachten, wo es sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Die beiden Frauen und das kleine Mädchen kamen glücklicherweise mit leichten Verletzungen davon.

Bei Schwanen. Halb erkrankt aufgefunden wurde hier auf der Hauptstraße in der frühen Morgenstunden ein Mann in Arbeitskleidung. Es sah sich um einen gewissen Ritter aus Ober-Schwanen. Man brachte den Mann ins Krankenhaus. Er starb dort. Er war ein Mann von 40 Jahren, der ein Kind hatte, das er nicht mehr gesehen hatte. Er war ein Mann von 40 Jahren, der ein Kind hatte, das er nicht mehr gesehen hatte.

Erweiterung des Elektrizitäts- netzes. Das große Elektrizitäts- netz, das erst vor einiger Zeit eine Erweiterung von der Stadt erhielt, hat jetzt die gesamte Gemeinde des ehemaligen Kronlehen Dels umfaßt, in dem jetzt eine Fernleitung herbeigeführt wurde, um den Strom zum Elektrizitätswerk bei Dels zu bringen. In diesen Gemeindefestungen soll das Netz jetzt verlegt werden.

Erweiterung der Eisenbahn. Eine Erweiterung der Eisenbahn- linie von Dels nach Borsdorf ist im Gange. Die Erweiterung soll die Eisenbahnlinie von Dels nach Borsdorf um 1000 Meter verlängern. Die Erweiterung soll die Eisenbahnlinie von Dels nach Borsdorf um 1000 Meter verlängern.

Die Erweiterung der Eisenbahn- linie von Dels nach Borsdorf ist im Gange. Die Erweiterung soll die Eisenbahnlinie von Dels nach Borsdorf um 1000 Meter verlängern. Die Erweiterung soll die Eisenbahnlinie von Dels nach Borsdorf um 1000 Meter verlängern.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

Der Brand in Margareth.

Wo war der Nachtwächter?

Am 20. Februar brach um 23½ Uhr in Margareth ein großes Feuer aus, bei dem nichts gerettet werden konnte. Das Vieh, Ziegen, Schweine, Hühner und Gänse kamen in den Flammen um, da doch die Mehrzahl der Bewohner von Margareth im tiefsten Schlaf lag. Der aufmerksame Nachtwächter dieses Ortes um 1. März, früh 5½ Uhr, Mitternacht, wurde von dem Gebäude nur noch ein Schutthaufen zu sehen. Man sieht, was es für einen Wert hat, wenn ein Dorf wie Margareth in einen Nachtwächter besitzt, der die Bewohner im Schlaf nicht stören will.

Schmoitzsch. Der Brunnenkandal. Die Wasser- hältnisse in dem dem Herrn Viertel gehörigen Hause wurden hier schon mehrfach angesprochen. Wie uns noch ergänzend mitgeteilt wird, haben sich in diesem Hause nicht weniger wie sieben Parteien beschwert und sieben Parteien auch daraufhin die Klage eingeleitet. In der letzten Gemeindevorstellung wurde nun der Schöffe Radel von unserem Genossen Wiesner befragt, ob die Ortspolizei etwas in der Sache unternommen habe, worauf er die Antwort erließ: „Sowohl der Landjäger als der auftrag, die Sache zu untersuchen.“ Am nächsten Tage aber erklärte der Landjäger auf Befragen, er habe bisher noch keine Klage erhalten. Die Mitgliederversammlung der Partei hat nun beschlossen, den Schöffen Radel aufzufordern, sich zu der Sache öffentlich in der Gemeindevorstellung zu äußern.

Breslau. Tödlicher Unfall beim Rangieren. Auf dem Rangierbahnhof wurde am Sonntagabend der Eisenbahn- arbeiter Richard Rusin von einem anrollenden Wagen er- fahrt und überfahren. Mit schweren Verletzungen wurde er in das Brüderkloster in Breslau eingeliefert, wo er am selben Tage gestorben ist.

Damsfeld. Ein rüchlichster Fuhrwerks- besitzer. Vergangenen Sonntag wurde zwischen hier und Schönborn der raschfahrende Arbeiter Alfred Schubert von einem Lastwagen überholt und verarzt angefahren, daß sein Kopf unter die Räder kam und er selbst von den Pferden erheblich verletzt wurde. Nachdem sich Schubert mit Mühe erheben konnte, verlangte er den Namen des Fuhrwerksbesizers. Dieser wurde ihm verweigert. Der Besizer wies sogar seinen Kutscher an, weiterzufahren, ohne sich um den Verletzten zu kümmern. Er kam aber nicht dazu, da Schubert die Pferde anhielt und ihn so schließlich bewegte, wenigstens seinen Namen Schmid (?) aus Wolfschwitz anzugeben.

Deutsch-Lissa. Folgen der Trunkenheit. Am Son- tagabend kurz vor 24 Uhr ereignete sich auf der Chaussee Breslau-Deutsch-Lissa zwei Kilometer vor Deutsch-Lissa ein folgenschwerer Automobilunfall. Ein Personentrainwagen fuhr beim Überholen eines Möbelwagens gegen diesen, überfuhr sich und besaß die drei Insassen unter sich, die mit schweren Verletzungen nach der benachbarten Breslauer Feuerweh- in das Allerheiligenspital in Breslau eingeliefert wurden. Der verletzte Führer des Wagens — es soll sich um eine Schwarzfahrer handeln — war betrunken und soll dadurch das Unglück verschuldet haben. Der Führer wurde ihm sofort angeschlossen und der Wagen bei dem Landjäger in Herrmannsdorf sicher- gestellt.

Neumarkt. Automobilunfall auf der Chaussee. Auf der Chaussee Neumarkt-Deutsch-Lissa fand am Sonntagabend zwischen 20 und 21 Uhr ein nach Breslau fahrendes Automobil einen umgeworfenen Personentrainwagen, unter dem der In- fante mit schweren Verletzungen geborgen und in das Kranken- haus in Neumarkt eingeliefert wurde, wo er inzwischen gestorben ist. Ueber die Person des Verunglückten ist noch nichts bekannt, es soll sich vermutlich um den Teilhaber einer Firma Durr- furtz in Breslau handeln.

SPD. Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Veranstaltungskalender.

Klettendorf. G. M. J. Morgen Mittwoch findet unsere Monatsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Rassen- bericht; 2. Wahl; 3. Anträge; 4. Verschiedenes. Jedes Mitglied hat pünktlich zu erscheinen. Wir fangen um 20 Uhr an. 19.30 Uhr findet eine Funktionärsitzung statt. Jeder Funktionär hat zu erscheinen.

Schmalz. Dienstag, den 6. März, abends 7½ Uhr, findet im Lokal von Kabitz eine Mitgliederversammlung der SPD. Rait. Redner Genosse Fuhrmeister. Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Achtung! Brodau. Achtung! Mittwoch, den 7. März, findet im Saal von Menke in Brodau, abends 8 Uhr, ein Vortrag des Genossen Dr. Frick Dewy, Breslau, über

Demokratie im Klassenstaate

Der Vortrag ist der erste einer längeren Vortragsreihe, die zur politischen Schulung der arbeitenden Klasse veranstaltet wird. Eintritt ist frei. Die Parteigenossen sowie Gäste werden hiermit freundlichst dazu eingeladen.

Der Bildungsausschuß der SPD. der Ortsgruppe Brodau.

Breslauer Produktenbörse vom 5. März.

Tägliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 5. März 1928 gezeichneten Preise in Reichsmark für den 1. April 1928 (aus der vorherigen Zeit der Erzeugnisse) nachfolgend Breslau in vollen Wagen- ladungen. Tendenz: Getreide: Bis auf Weizen —. Weizen: Fest. —. Delfaeten: Still. —. Kartoffeln: Ruhig.

| Getreide | Tägliche amtliche Notierungen (100 kg) | | Tägliche amtliche Notierungen (je 100 kg) | |
|-------------------------|--|-------|---|-------|
| | 5. | 3. | 5. | 3. |
| Weizen 74kg C.G.* 26,00 | 25,70 | 25,70 | 42,00 | 42,50 |
| Weggen 71kg* 26,40 | 26,20 | 26,20 | | |
| Hafer 22,10 | 21,70 | 21,70 | | |
| Gerste gute 22,50 | 22,50 | 22,50 | | |
| Gerste 27,00 | 27,00 | 27,00 | | |
| Schwamm 22,00 | 22,00 | 22,00 | | |
| Weggen 22,00 | 22,00 | 22,00 | | |

Die Preise verstehen sich für Weizen- und Weggenmehl für 70 kg. Kleinere Sorten werden nicht bezahlt.

Getreidepreise in Getreide und Mehl. Getreidepreise in Getreide und Mehl. Getreidepreise in Getreide und Mehl.

| Weizen | Weizen | | Weizen | | Weizen | |
|----------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 100 kg | 100 kg | 100 kg | 100 kg | 100 kg | 100 kg |
| 1. 2. 3. | 27 | 25 B | 27 G | 27 | 27 G | 27 G |
| 2. 3. | 27 | 25 B | 27 G | 27 | 27 G | 27 G |
| 3. | 27 | 25 B | 27 G | 27 | 27 G | 27 G |

Die Preise verstehen sich für Weizen- und Weggenmehl für 70 kg. Kleinere Sorten werden nicht bezahlt.

Getreidepreise in Getreide und Mehl. Getreidepreise in Getreide und Mehl. Getreidepreise in Getreide und Mehl.